Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (ausser an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 59. Montag, den 11. März 1907. 14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Änderung der Parteitaktik?

In der „Fränkischen Tagespost", unserem Nürnberger Parteiorgan, finden wir den folgenden bemerkenswerten Artikel:

Das unerwartet gekommene Wahlergebnis hat manche Ansicht, die sich seit Jahr und Tag im Verborgenen hielt, wieder auftauchen lassen. Es hat sich eine neue Diskussion ergeben über die Ursachen der Schwäche unserer Reichstagsfraktion. Eigentlich ist das Wort Diskussion nicht gerade glücklich gewählt, denn eine Diskussion setzt einen Austausch der Meinungen voraus, fordert, daß entgegengesetzte Standpunkte sich miteinander messen, was eigentlich garnicht der Fall ist.

Die Richtung innerhalb unserer Partei, die man, wenn auch nicht vielleicht sehr glücklich, die revisionistische nennt, hat die Richtung der Partei, die durch die Beschlüsse von Dresden und Jena festgelegt wurde, für den Wahlausfall verantwortlich gemacht. Unserer Meinung nach geschieht dies nicht mit Glück und Geschick. Wir glauben, daß diese Debatte denjenigen, die sie hervorgerufen haben, nicht erheblich nützen dürften. Die Ursachen des Wahlausfalles liegen wahrlich nicht in den Resolutionen von Dresden und Jena. Diese haben in dem Wahlkampf, wie auch von der revisionistischen Seite kaum bestritten werden dürfte, keinerlei erhebliche Rolle gespielt. Der Wahlausfall hängt zusammen mit der starken nationalen Welle, die über Deutschland hinwegging, mit der rücksichtslosen und gewissenlosen Agitationsart des von der Regierung unterstützten Flottenvereins und des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Sie wird zum Teil erklärt durch die günstige wirtschaftliche Lage und nicht zuletzt durch die Entwicklung der Sozialdemokratie zu einer immer reineren Klassenpartei.

Nur der letzte Grund könnte von den Revisionisten ins Feld geführt werden, denn er hängt tatsächlich, wenn wir von den direkten wirtschaftlichen Ursachen absehen, einigermaßen zusammen mit den neuen Richtlinien der Partei, die durch die Beschlüsse von Dresden, Jena und nicht zuletzt von Mannheim gegeben wurden. Gerade der Parteitag von Mannheim hat die Partei erst vollkommen zu einer Gesamtvertretung aller klassenbewußten Arbeiter auf der Grundlage der Beschlüsse von Dresden und Jena gemacht. Bis zu dem Mannheimer Parteitag konnte man noch immer bei den Revisionisten einige Hoffnung auf die Gewerkschaften vermuten. Aber diese Hoffnung ist nun auch vollkommen geschwunden. Die ganze Arbeiterschaft sowohl in der politischen wie in der gewerkschaftlichen Bewegung hat sich mit vollem Bewußtsein auf den Standpunkt der radikalen Richtung gestellt, hat mit Schärfe den Klassenkampf betont und hat die Bedeutung der Endziele unserer Partei unterstrichen. Sicherlich hat diese Betonung des radikalen Standpunktes durch die Gewerkschaften die Partei innerlich sehr gestärkt und sie hat nach außen bei denen, die auf die Mitläufer die größten Hoffnungen setzten und weiter bei denen, die von der Betonung der praktischen Politik durch diesen oder jenen Gewerkschaftsführer allzuviel erwarteten, recht enttäuschend wirken müssen. Dadurch haben so manche bürgerliche Kreise, die gewisse Hoffnungen auf ein Zusammengehen mit einem rechten Flügel der Sozialdemokratie setzten, in Mißmut einen Anschluß nach rechts gesucht und ohne Mühe auch gefunden. Das spricht aber nur dafür, daß die unversöhnliche, den Klassenkampf betonende Richtung innerhalb unserer Partei gestärkt wurde und daß sowohl die Hoffnungen der Revisionisten auf Bündnisse mit bürgerlichen Parteien als die Erwartungen der Kreise der „Frankfurter Zeitung" und der Naumannschen „Hilfe" gründlich enttäuscht wurden. Man muß schon ein mehr als naiver Politiker sein, um nun, wo gerade die Wahlbewegung diese Ergebnisse mit aller Deutlichkeit gezeitigt hat, die revisionistischen Ideen wieder in den Vordergrund zu stellen. Für den Schreiber dieser Ausführungen und für die große Mehrzahl der Parteigenossen beweist gerade der Wahlausfall, wie falsch die Hoffnungen und Erwartungen der Revisionisten waren und wie richtig auch vom Standpunkte der rein praktischen Politik die Betonung des radikalen Standpunktes innerhalb unserer Partei gewesen ist. Diejenigen, welche mit unserer Partei paktieren, verhandeln und mit ihr gehen wollten, wollten bloß eine umgestaltete Sozialdemokratie, eine verbürgerlichte Sozialdemokratie, aber nicht die wirkliche, die auf dem Klassenkampfstandpunkt stehende und vor allem die Interessen der Arbeiterschaft vertretende Sozialdemokratie zum Bundesgenossen haben.

Die scharfe Klassenscheidung, welche die Wahlvorgänge am 25. Januar und von da ab bis zur Erledigung der Stichwahlen dem ganzen deutschen Volke, nicht nur der Arbeiterschaft, zur klaren Erkenntnis gebracht haben, lassen für die Zukunft nur eine Verschärfung des Kampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie erwarten und machen eine Politik der Bündnisse, des parlamentarischen Zusammenwirkens sogenannt radikaler bürgerlicher Parteien mit der Sozialdemokratie völlig aussichtslos. Der bürgerliche Wahn eines Theodor Barth, eines Pastor Naumann, der „Frankfurter Zeitung", welche hoffen, daß die Sozialdemokratie der bürgerlichen Demokratie dank einem billigen sozialen Reformismus Stützen und Leitern zum Hinaufsteigen schaffen werde, ist von den Trägern dieser Richtung selbst aufgegeben. Theodor Barth läßt nun seine „Nation" eingehen. er zieht sich vom politischen Leben zurück und Pastor Naumann spricht nicht davon, daß sein Freund diese Politik aufgegeben hat. Das oppositionelle Rückgrat der bürgerlichen Parteien ist gebrochen, sie wollen ihren Frieden mit der Regierung machen, es bildet sich ein kräftiger Block zur Vertretung der bürgerlichen Interessen.

Gegen diese neue Entwickelungsphase der bürgerlichen Parteien haben wir nicht das mindeste einzuwenden, sie schafft Klarheit an Stelle der Phrase, sie läßt falsche Hoffnungen auf die Zukunft, eine unrichtige Bewertung unserer Gegner, eine falsche Schätzung ihrer süßlichen Lockrufe nicht aufkommen, sie zeigt die Radikalsten im bürgerlichen Lager in voller Klarheit als Vertreter des Kapitalismus, der vielleicht einmal Sozialpolitik macht, wenn, wie Graf Posadowsky in diesen Tagen im Reichstag erzählte, der Heeresersatz gefährdet wird durch die Degenerierung des Proletariats infolge der industriellen Ausbeutung. Mehr noch als jemals früher wird in dem am 25. Januar gewählten Reichstage das Klasseninteresse des Bürgertums entscheidend sein für alle parlamentarischen Entschlüsse.

In dieser Zeit, wo sich das Bürgertum in allen seinen Gliedern auf seinen Klassenstandpunkt besinnt, hat das Proletariat das allerlebhafteste Interesse, energischer wie je den Standpunkt der Parteitage von Dresden und Jena zu betonen, weil deren maßgebende Beschlüsse den Klassenkampfcharakter des Proletariats am besten zum Ausdruck bringen. Nicht milder, nicht gemäßigter, nicht nachsichtiger und nachgiebiger den bürgerlichen Parteien gegenüber können wir unter dem Eindruck der letzten Wahlen und der Wahlbewegung werden, im Gegenteil, wir können nur mit aller Schärfe ohne nach rechts und nach oben zu blicken, den Weg gehen, den die Entwickelung der ökonomischen Verhältnisse uns vorgezeichnet hat und den die Richtung der deutschen Politik und die immer schärfer werdende Klassenscheidung uns aufzwingen.

Die rasche Entfaltung unserer Gewerkschaften hat nun den Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital bis in die letzte Werkstätte getragen. Die Zahl der Betriebe wird immer geringer, in denen keine gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wirken, in denen die Unternehmer nicht mit den Forderungen der Gewerkschaften unbequeme Bekanntschaften machen. So sind zahlreiche kleine Handwerksmeister, auch recht viele, die aus der Arbeiterklasse hervorgegangen sind, zu unseren Gegnern geworden. Noch schärfer wird diese Abkehr hervorgerufen durch die rasche Zunahme der Konsumvereine, ihrer Mitglieder und ihres Geschäftsumsatzes. Mögen die Vertreter der Sozialdemokratie noch so häufig betonen, daß unsere Partei dem Genossenschaftswesen neutral gegenübersteht, mögen das die Genossenschaften auch immer von neuem bestätigen, so erscheint es doch den kleinen Unternehmern im Handel als „Tatsache", daß es die Sozialdemokratie ist, welche durch die Konsumvereine ihre Einkommensverhältnisse schädigt, ihren Kundenkreis verringert, so daß sie sich aus diesen wirtschaftlichen Erwägungen von der Sozialdemokratie, der sie früher angehört hatten, oder für sie gewonnen werden konnten, abwenden und ins bürgerliche Lager hinüberschwenken. Die Bier versorgenden Konsumvereine und die proletarische Antialkoholbewegung haben uns zahlreiche Gastwirte zu Feinden gemacht.

So sind aus den Mittelschichten Hunderttausende Anhänger oder wenigstens Mitläufer, die für die Sozialdemokratie stimmten, zu Gegnern, zu Förderern aller möglichen bürgerlichen Parteien geworden. Das hat mit den Beschlüssen von Dresden und Jena nicht das mindeste zu tun. Diejenigen, welche durch ihre Tätigkeit in der Leitung der Gewerkschaften und Genossenschaften diese Entwickelung förderten und stärkten, waren sicherlich nicht die Träger der in Dresden und Jena betonten Politik des schroffen Klassenkampfs und der antirevisionistischen Taktik. Im Jahre 1903 brachte uns die Rückwirkung der Zollkämpfe, die allgemeine Unzufriedenheit der Handwerksmeister, Kleinhändler usw. Hunderttausende Stimmen und Dutzende Mandate, während bei den letzten Wahlen Mitläufer in Massen das Schwergewicht ihrer Stimmen in die andere Wagschale warfen. Was sonst an Mitläufern, aus welchen Gründen immer, 1903 für uns stimmte und 1907 sich gegen uns wandte, spielt, was die Masse anlangt, keine Rolle und was das Gewicht ihrer Persönlichkeit betrifft, so kann es uns vollständig gleichgültig sein, wenn sie gerade wegen der klaren Betonung unserer Endziele und wegen der Ablehnung jeder schwächlichen Gegenwartspolitik und wegen manchen unangenehmen Wortes, das in Dresden und in Jena gesprochen wurde, uns den Rücken kehrten. Diese zart gesaiteten, mimosenhaften Gemüter mögen bei allen anderen Parteien eher ihre Herberge finden als in der rauhen Luft der Sozialdemokratie, wo hie und da einmal auch ein grober Hagelschauer hinuntergehen muß.

Von den Revisionisten wird es getadelt, daß wir nicht für alle sozialen Gesetze gestimmt haben, obgleich doch die Absicht dieser sozialen Gesetzgebung, die freien Organisationen der Arbeiter zu hemmen, den Einfluß des Unternehmertums zu stärken, selbst in der bürgerlichen Wissenschaft anerkannt wird, obgleich die Mangelhaftigkeit und das Ungenügen der sozialpolitischen Leistungen bei jedem Arbeitersekretär erfragt werden könnte. Es gibt Revisionisten, wie Eduard Bernstein, die bedauern, daß wir nicht für die Kolonialpolitik sind, es gibt Revisionisten, wie Calwer, die jammern, daß wir nicht für Schutzzölle sind, es gibt Revisionisten, die nicht begreifen, daß wir die Berufung Dernburgs nicht als einen Wendepunkt der Regierung zu einer modernen und aufgeklärten Regierungsweise ansehen, wie Georg Bernhard, es gibt Revisionisten, die ein Bündnis mit den Freisinnigen gerne sehen würden, Revisionisten, die mit Heymann bedauern, daß eine Mauer zwischen uns und anderen Parteien aufgerichtet ist, es gibt Revisionisten, die unsere Taktik für verfehlt halten, andere, die unser Parteiprogramm umändern wollen, wieder andere, die sich selbst an scharfen Worten nicht genug tun können und über den Sauherdenton anderer stöhnen.

Beruhigend an diesen revisionistischen Tadlern ist, daß sie unter sich durchaus nicht einig sind, daß sie die Verantwortung für die anderen Revisionisten mit großem Eifer ablehnen und daß sie selbst nicht gefestigt sind in ihren eigenen Anschauungen, daß sie eben mit der ausschlaggebenden proletarischen Richtung in der Partei nur unzufrieden sind, weil nicht ihre von ihnen meist sehr hoch eingeschätzte Meinung zur maßgebenden wird. Viel wichtiger als diese inneren Schwächen des Revisionismus ist uns die Überzeugung des Proletariats die sichere Gewähr, daß diese revisionistischen Bestrebungen keinen Boden in den Massen haben, daß das Proletariat, zum Teil in klarer Überzeugung, jedenfalls durch die Verhältnisse hierzu von Tag zu Tag getrieben, den Klassenkampfstandpunkt immer kräftiger betont und betonen muß. Hierfür sind die Verhandlungen des Mannheimer Parteitages der beste Beleg. Die Gewerkschaften hätten sich nicht der bedeutungsvollen Mannheimer Einigungsresolution gefügt, wenn nicht die Massen im Gegensatz zu einem Bruchteil der Führer auf den Beschlüssen der Parteitage von Dresden und Jena gestanden wären und damit die Führer nötigten, nicht etwa gegen die Partei, auch nicht neben der Partei, sondern mit der Partei auf Grund der Beschlüsse von Dresden und Jena zu arbeiten.

Es war in den Jahren vor den Wahlen ziemlich still bei den Revisionisten. Sie fügten sich in das Unabänderliche und sie gaben die Hoffnung auf, die Partei in ihre Gedankengänge zu treiben. Nun meinen sie, daß nach den Wahlen ihre Zeit wieder gekommen ist, nun hoffen sie, daß die Unzufriedenheit über das Wahlergebnis gegen die Taktik unserer Partei ausgebeutet werden kann, daß man die Beschlüsse von Dresden und Jena ungeschehen machen könne und daß ihre Anschauungen maßgebend werden könnten für die künftige Richtung der Sozialdemokratie. Das ist mehr wie naiv. Das läßt auf keine tiefe Kenntnis der Stimmung unter den Arbeitern, auf keine klare Anschauung von der Entwicklung der wirtschaftlichen Dinge, auf keine richtige Deutung des Wahlergebnisses vom 25. Januar 1907 und von den darauf folgenden Stichwahlen schließen. Alles spricht gegen eine Taktik der Revisionisten, wie sie heute in Deutschland fast nur von den Organen privater Natur, wie von den „Sozialistischen Monatsheften" und der „Neuen Gesellschaft" vertreten werden.

Alles und in erster Linie die fast einmütige Haltung der gesamten Parteipresse und nicht zuletzt die starke Gleichgültigkeit, die den mannigfachen revisionistischen Vorstößen gegenüber an den Tag gelegt wird, sprechen für eine Betonung der radikalen Prinzipien innerhalb der Partei, für eine Kräftigung des Klassenkampfstandpunktes, für ein energischeres Eintreten für den Kernpunkt unserer Bestrebungen gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die Erringung einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung! Diesem Ziele das Hauptgewicht unserer Agitation zuzubilligen, entspricht der Stimmung und dem gesunden Instinkte der proletarischen Massen, die sehr wohl, wie sie das in den Gewerkschaften und Genossenschaften beweisen, auch die Gegenwartsarbeit unserer politischen Partei zu würdigen verstehen, die aber von dieser Gegenwartsarbeit die eigentlich sozialistischen Bestrebungen nicht überwuchern lassen wollen.

Mit der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung muß sich der Kampf der Klassen zuspitzen, muß die Scheidung zwischen den Anhängern und Gegnern der herrschenden Gesellschaftsordnung immer deutlicher und schärfer werden. Dies erklärt den scheinbaren Rückschlag unserer Partei bei den Wahlen, es bestätigt die Richtigkeit der in den Beschlüssen von Dresden und Jena niedergelegten Taktik und beweist die absolute Aussichtslosigkeit der revisionistischen Bestrebungen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag hatte am Sonnabend einen sozialpolitischen Tag. Eine von Herrn Trimborn begründete Zentrumsinterpellation erkundigte sich nach Stand und Tempo der Sozialpolitik, deren Fortführung der Reichskanzler in so hohen Tönen verheißen hatte. Staatssekretär Graf Posadowsky beantwortete die Interpellation. Die Rede begann mit einer entschiedenen Absage an das Manchestertum und erzielte in ihrem ersten Teile den Beifall des Zentrums und der Linken; sie endete aber mit einer Einführung des zur Vordertür herausgeworfenen Manchestergeistes durch eine Hinterpforte und dem Bravo der Rechten. Der Graf-Staatssekretär polemisierte gegen die stillen und offenen Feinde der Sozialpolitik, und erfüllte ihnen dann doch den Herzenswunsch, eine weitere Verlangsamung des Schneckentempos der Sozialreform zu versprechen. Wenn der Wechselbalg der Berufsvereinsvorlage vorläufig in der Versenkung bleibt, in die ihn die Auflösung gestoßen hat, so werden ihm keine Tränen nachfließen. Sollten sich jedoch Optimisten gefunden haben, die ein freiheitliches Reichsvereinsgesetz schon in greifbarer Nähe sahen, so werden sie nach Posadowskys Erklärungen die auf den liberalen Reichsmessias Bülow gesetzten Hoffnungen begraben müssen. Dieser Reichstag wird jedenfalls das Reichsvereinsgesetz nicht erleben. Dagegen soll ein Gesetz über Arbeitskammern kommen, und endlich soll der zehnstündige Normalarbeitstag für Frauen eingeführt werden. Beides freilich höchstens in der nächsten Session. In dieser Session ist allerhöchstens eine zünftlerische Pfuscharbeit in Gestalt einer Vorlage über den kleinen Befähigungsnachweis zu erwarten.—Die Besprechung der Interpellation gestaltete sich sehr lebhaft. Der nationalliberale Schwabe Hieber kehrte den Sozialpolitiker heraus. Daß ihm als Süddeutschen der preußische Polizeigeist nicht gerade sympathisch ist, erscheint glaublich. Was er über Preußen sagte, beleidigte des konservativen Rentiers Henning sittlichkeitsschwärmendes Gemüt. Herr Henning pries Preußen als den festen kontrerevolutionären Fels in der Zeiten Brandung und brauchte dabei zufälligerweise dieselben Worte, die der verflossene Hohenzoller Friedrich Wilhelm IV. unmittelbar vor der Februarrevolution inbezug auf den bekanntlich durch eine Revolution auf den Thron gelangten birnenköpfigen Bürgerkönig Louis Philipp gebraucht hat. In einer vortrefflichen Rede, die auf die Gegner sichtlich Eindruck machte, widerlegte Genosse Hue das alberne Gerede von der sozialpolitischen Unfruchtbarkeit der Sozialdemokratie. Er wies auf die gewaltigen Kulturaufgaben hin, die aller polizeilichen Schikanen ungeachtet von den freien Gewerkschaften erfüllt worden sind. Wie kläglich nimmt sich dagegen aus, was die bürgerlichen Parteien und die Regierungen in Deutschland an Sozialpolitik geleistet haben! — Nachdem noch der Antisemiterich Bruhn unter allgemeiner Unaufmerksamkeit des Hauses nach einer Zuchthausvorlage geschrien hatte, vertagte sich das Haus. Vizepräsident Dr. Paasche wollte die Interpellationen über die Strafprozeßreform auf die Tagesordnung von Montag setzen. Das Blockpräsidium hatte es also eilig mit dem Schluß der sozialpolitischen Debatte. Aber die Abgg. Korfanty und Dr. Wiemer widersprachen und Gen. Singer pflichtete ihnen nachdrücklichst bei. Nur ein paar versprengte Konservative leisteten dem Blockerkorenen auf dem Präsidentenstühle Gefolgschaft. So geht denn am Montag die sozialpolitische Debatte weiter.

Undank ist der Welt Lohn. Die rücksichtslosen Agrarier und ihre geistesverwandten Scharfmacher bilden davon keine Ausnahme. Zu den Quertreibereien gegen den Grafen Posadowsky schreibt selbst der konservative „Reichsbote“:

> Was die Verstimmung des Grafen Posadowsky betrifft, so wird man zugeben müssen, daß sie ihre triftigen Ursachen hat. Fürst Bülow hat ein volles Maß von Ehren heimgetragen; er ist beim Kaiser Persona gratissima und steht auf dem Gipfel seines Ansehens; anscheinend spielend ist er von Erfolg zu Erfolg gegangen. Und neben ihm Kolonialdirektor Dernburg. Er kam, sah und siegte! kann man von ihm sagen. Mit rascher Hand griff er ein, mit Tatkraft und Umsicht; der Erfolg krönte sein Beginnen. Und die Freunde loben ihn, die Gegner müssen ihm widerwillig Anerkennung zollen.
>
> Graf Posadowsky dagegen kann nicht einmal von sich sagen, daß ihm die danken, für die er gearbeitet hat. Es ist doch Tatsache, daß die Aufstellung des neuen Zolltarifs, die Vorbereitung der Handelsverträge das Werk des Grafen Posadowsky ist. An dem Werke des erhöhten Schutzes der deutschen Landwirtschaft und der deutschen Produktion überhaupt hat Graf Posadowsky hervorragenden Anteil; wir sehen noch heute die Herren Gamp, Graf Kanitz, Graf Limburg-Stirum und andere zustimmen und nicken, als der Staatssekretär des Innern während des Kampfes um den Zolltarif fast Tag für Tag mit der tiefstgehenden Sachkenntnis die Interessen der deutschen Landwirtschaft verteidigte. Mit solchem Ernst, solcher Gründlichkeit ist kein Landwirtschaftsminister für die Interessen der Landwirtschaft eingetreten.
>
> Dem Grafen Posadowsky ist wenig Dank dafür geworden. Das agrarische Lager und der Bund der Industriellen sehen heute in ihm nur den verhaßten Förderer der Sozialpolitik, und heftige, verbitternde Angriffe werden gegen ihn gerichtet; keiner aber von denen, die ihm in den Tagen des Zolltarifkampfes so laut zustimmten, findet ein Wort der Verteidigung. Das ist schnöder Undank; das muß offen ausgesprochen werden. Und wenn der Graf sehen muß, wie nach langen Jahren schwerer, aufreibender Arbeit für das Wohl des Landes ihm so wenig Verständnis wird, wie dagegen andere spielend Ehren und Anerkennung gewinnen, so muß das verbitternd wirken selbst auf einen Mann, der so hoch über den kleinen Eitelkeiten dieses armseligen Menschenlebens erhaben ist wie Graf Posadowsky. Sagen wir es offen: Man hat sich daran gewöhnt, zu glauben, daß der Puritaner im Reichsamt des Innern überhaupt nicht empfindlich ist, und das ist es, was zu einem Mangel an Rücksichtnahme auf diesen so verdienten Mann geführt hat.
>
> Allerdings mag auch Graf Posadowsky seine Eigenheiten haben, von denen niemand frei ist, der Tag und Nacht bei der Studierlampe sitzt und für die heitere Seite des Lebens wenig Verständnis hat. Das führt auch zu falschen Urteilen über jene, die leichter durchs Leben gehen und ihre Bürde mit fröhlichem Lächeln tragen.
>
> Wir hoffen, daß die gegenwärtigen Verstimmungen und Mißverständnisse den Grafen Posadomsky nicht veranlassen werden, ernste Entschlüsse zu fassen, daß der so kluge und in der Behandlung von Persönlichkeiten so geschickte Fürst Bülow es verstehen wird, sich seinen besten Mitarbeiter zu erhalten.

Fürst Bülow hat für die Agrarier schon viel getan, daß ihm zu tun fast nur noch eins übrig bleibt: den undankbaren Agrariern und den sozialmüden Scharfmachern den Grafen Posadowsky zum Opfer zu bringen. Die Agrarier wissen gut zu bohren. Vielleicht gelingt ihnen auch diesmal, was sie zu erreichen hoffen.

Der Landtag von Braunschweig soll sich in nächster Zeit mit der Wahl eines Regenten befassen, da die Familie Cumberland für die Besetzung des Thrönchens nicht mehr in Frage kommt. Selbstverständlich denkt jeder „nationale“ Mann, daß, wenn eine Zivilliste zu vergeben ist, nur ein Hohenzoller in Betracht zu ziehen sei. Es erregte deshalb nicht wenig Aufsehen, als die Nachricht durch die Presse lief, Wilhelm II. habe den preußischen Prinzen verboten, eine Berufung nach Braunschweig anzunehmen. Aber die „Voss. Ztg.“ ist jetzt in der Lage, die Nachricht zu dementieren. Nur seinen Söhnen habe es Wilhelm II. untersagt, die Stelle in Braunschweig anzutreten. Es bleiben also noch genug Hohenzollern als Reflektanten auf den Regentenposten und die Braunschweiger können das Glück genießen, einen Preußen als Herrscher zu haben.

Erzbergers Opferung. Was die „Kreuzzeitung“ dem Zentrum anriet, die Abschüttelung Erzbergers, hat das Zentrum wenigstens in gemilderter Form vollzogen und damit an Wohlgefallen vor den Junkern zugenommen. Statt in der Sache Loebell contra Erzberger dem angegriffenen Parteigenossen mit spitzer Feder zur Seite zu treten, schreibt die „Germania“, kühl bis ans Herz:

> Es handelt sich hier um die persönliche Angelegenheit eines einzelnen Abgeordneten und um eine Meinungsverschiedenheit in der Auslegung eines der be—rühmten „Registraturvermerke“.

Ein anderes bedeutendes Zentrumsorgan, die „Augsburger Postzeitung“ läßt Erzberger ebenso schonungslos fallen und benutzt die Gelegenheit, auch Roeren einen Stoß ins Genick zu geben:

> Abg. Roeren hat ausdrücklich erklärt, daß er stets auf eigene Faust und ohne Wissen der Fraktion im Falle Wistuba gehandelt habe. Das gleiche hat gestern auch Abg. Erzberger getan. Damit scheidet die Zentrumsfraktion aus diesem Duell Erzberger-Loebell ebenso aus, wie aus dem Zweikamf Roeren-Dernburg. Freilich werden die „nationalen“ Organe wieder versuchen, dem Zentrum die Schelle anzuhängen und insbesondere die auch vom Direktor der Reichskanzlei dem Abg. Erzberger gegenüber aufgestellte Behauptung, wenn die Poeplauschen kompromittierenden Schriftstücke bekannt würden, könne das Zentrum nicht mehr für koloniale Forderungen stimmen, verwenden.
>
> .... Nochmals aber sei es betont: Das Zentrum hat nichts damit zu tun, wenn zwei Abgeordnete bei dem Eintreten für zwei Beamte weiter gingen, als gut war.“

Der Rauch dieses Opfers wird auch der Regierung angenehm in die Nase steigen.

Die Gefolgschaft aufsagen wollen in Magdeburg die Mittelständler den nationalen Parteien. Dort geht der Eisenbahnbeamten-Konsumverein mit der Absicht um, eine eigene Bäckerei und Kaffeerösterei zu errichten. Der Hauptförderer des Plans soll der Geheimrat Mackensen sein, der Filialleiter des Reichslügenverbandes in Magdeburg. Dieser Plan hat natürlich alle Kleingewerbetreibenden in hellen Aufruhr versetzt. Warum, so fragten sie zornerfüllt in einer kürzlich abgehaltenen Versammlung, warum tut man uns das? Uns, die wir so eifrig für die Wahl des nationalen Kandidaten gearbeitet haben? Und drohend setzten sie hinzu: diesmal sei noch der nationale Kandidat gewählt worden, ob das beim nächsten Mal wieder der Fall sein werde, das sei sehr fraglich! Zunächst soll nun der Eisenbahnminister helfen. Den wollen die Mittelständler unter Hinweis auf ihre Gesinnungstreue bei der Wahl ersuchen, seine Zustimmung zur Errichtung der Bäckerei zu versagen. Das wird nichts helfen, so daß die Mittelständler mit fliegenden Fahnen zur Sozialdemokratie übergehen könnten, wenn — hier nicht die „sozialdemokratischen“ Konsumvereine wären, die gleiche Schandtaten treiben. Die Mittelständler kommen also aus dem Dilemma nicht heraus!

Ein sozialer Oberbürgermeister. Die sozialdemodemokratische Stadtverordnetenmehrheit in Offenbach wählte den Direktor des Statistischen Amtes in Königsberg, Dr. Dullo, zum Oberbürgermeister. Dr. Dullo trat vor wenigen Jahren aus der Freisinnigen Volkspartei aus, weil er erkannte, daß sie nur in Worten sozial war. Zur Sozialdemokratie allerdings ist er nicht übergetreten. — Wie sich die hessische Regierung zu dieser Wahl stellen wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls werden die hessischen Scharfmacher, allen voran die Nationalliberalen, die Bestätigung eines Oberbürgermeisters zu hintertreiben suchen, der im Verdacht steht, sozial zu sein und zudem das Vertrauen einer sozialdemokratischen Stadtverordnetenmehrheit genießt.

Für die baierischen Landtagswahlen haben gleichzeitig mit den für die Reichstagswahlen getroffenen Vereinbarungen in der Pfalz die Nationalliberalen mit den Landbündlern festen Abschluß gemacht, Für die Reichstagswahlen ist die Sache ja erledigt. Interesse hat die Sache jedoch noch für die bevorstehenden Landtagswahlen. In bezug auf diese geht das Abkommen dahin, daß der Bund des Landwirte je einen Kandidaten in den Wahlkreisen Kusel, Kirchheimbolanden, Rockenhausen, Frankenthal, Germersheim, und je eine Zählkandidatur in Ludwigshafen II und Annweiler aufstellen wird. In den Wahlkreisen Kaiserslautern, Neustadt, Zweibrücken wird die nationalliberale Partei je 2, in den Wahlkreisen Frankenthal, Germersheim, Homburg, Kirchheimbolanden, Kusel, Landau je einen Kandidaten und in Ludwigshafen I, Speyer und St. Ingbert je einen Zählkandidaten aufstellen. Der geschlossene Pakt wird in einem Schreiben des nationalliberalen Vereins der Pfalz vom 8. Januar dahin erklärt: „Beide Parteien verpflichten sich, die Kandidaturen gegenseitig so zu unterstützen und die Agitation derart zu betreiben, als ob Kandidaturen ihrer eigenen Partei in Frage stünden. Soweit die Kandidatenfrage oben nicht festgelegt, haben die Parteien in der Aufstellung völlig freie Hand. Selbstredend sind die kontrahierenden Parteien verpflichtet, alle Sonderkandidaturen, die etwa aus ihren Reihen ohne Beachtung der Abmachungen und ohne Zustimmung der Zentralleitungen in die Erscheinung treten sollten, zu verhindern oder zu bekämpfen, auch darf mit anderen Parteien weder in einzelnen Wahlkreisen noch durch die Zentralleitungen irgend ein Abkommen getroffen werden, das den Vollzug des Vertrages hinsichtlich der Reichs- und Landtagswahl ungünstig beeinflussen könnte.“ Die Nationalliberalen behandeln also die Bündler wie Kandidaten ihrer eigenen Partei. Und diese Gesellschaft soll in die „liberale Einigung“ eingeschlossen werden!

Rußland.

Von der Duma. Bei der Wahl der fünf Untersekretäre drangen wiederum die Kandidaten der linksstehenden Parteien durch, und zwar 2 Kadetten und 3 Sozialisten. Im weiteren Verlaufe der Sitzung nahm die Duma wieder mit allen gegen eine Stimme die von der ersten Duma aufgestellte Geschäftsordnung an. Für die Prüfung der Mandate wurden elf Abteilungen gebildet. Darauf wurde kurz nach 6 Uhr die Sitzung geschlossen. In anbetracht der für die Prüfung der Mandate nötigen Vorarbeiten wird die nächste Sitzung nicht vor Mittwoch stattfinden. — Der Führer der Sozialdemokraten erklärte bei einer Unterredung, daß in einem von ihnen eingebrachten Amnestieantrag Amnestie erbeten werde, weil die Leiden des Volkes grenzenlos seien. Da die Sozialdemokraten in der Duma aber zu schwach seien, um die Amnestie durchzudrücken, erklärten sie öffentlich, daß sie dem Volke empfehlen, für die Amnestie zu kämpfen und sie mit Gewalt zu erzwingen. Eine entsprechende Kundgebung an das Volk werde von der Partei vorbereitet. Die Sozialrevolutionäre und Volkssozialisten und die Mitglieder der Arbeitergruppe wollen nicht mit den Sozialdemokraten zusammengehen und warten nur die Gelegenheit ab, um mit den Kadetten sich zu verständigen.

Bombenwurf. Aus Kutais wird unter dem 9. März gemeldet: Heute früh wurden gegen einen Wagen, in dem ein Renteikassierer in Begleitung von einem anderen Renteibeamten und zwei Polizeibeamten einen Geldtransport ausführte, von Unbekannten drei Bomben geworfen und mehrere Revolverschüsse abgefeuert. Der Renteibeamte, der Kutscher und beide Polizeibeamte wurden getötet. der Kassierer und vier andere Personen verwundet. Das Geld im Betrage von 15 000 Rubeln wurde geraubt. Die Täter sind entkommen.

Frankreich.

Streik der Elektrizitätsarbeiter in Paris. Die Elektrizitätsarbeiter sind am Freitag plötzlich in den Streik getreten. Der Ausstand der Elektrizitätsarbeiter machte sich abends in der ganzen Stadt fühlbar. Die großen Kaffeehäuser und eine große Zahl Bureaus mußten geschlossen werden. Viele Abendblätter sind nicht erschienen und wahrscheinlich werden auch die Morgenblätter nicht erscheinen. Kein Theater konnte Freitag spielen. Die großen Boulevards waren nur spärlich durch Wachskerzen und buntfarbige Lampions erleuchtet. Der Ausstand der Elektrizitätsarbeiter kam, obgleich der Syndikatsbeschluß Freitagnachmittag durch die Blätter bekannt gegeben worden war, völlig unerwartet. Der elektrische Betrieb der Untergrundbahn und der Tramway war nicht gestört, da sich die Arbeiter ihrer elektrischen Stationen dem Ausstand bisher nicht angeschlossen hatten. Dagegen hörten in den Häusern die Fahrstühle zu funktionieren auf, was mancherlei Unannehmlichkeiten zur Folge hatte. Die Polizei traf umfassende Vorsichtsmaßregeln, da sie fürchtete, daß die in den Straßen herrschende Finsternis zu Überfällen und Diebstählen Veranlassung geben könnte. An verschiedenen Punkten, namentlich in den Vorstädten, waren Polizisten mit Pechfackeln aufgestellt, die sich von Viertelstunde zu Viertelstunde ablösten. Die Arbeitsbörse war angeblich deshalb geschlossen, um die Arbeiter an einer Versammlung zu hindern. Die Arbeitseinstellung ging in fast allen elektrischen Zentralen mit Ruhe vor sich. Materialbeschädigungen kamen nur in zwei oder drei Anstalten vor. Die Feuer wurden ausgelöscht, ohne daß Maschinenteile verletzt wurden. Da der Ausstand unvermutet eintrat, war für die Zwecke der Beleuchtung wie auch für die Kraftlieferung keinerlei Reserve vorgesehen. Besonders starke Störungen rief der Ausstand im Fernsprechamt und auf dem Nordbahnhof hervor. — Nach einer heute morgen eingetroffenen Meldung hat die Sectorengesellschaft dreieinhalb Millionen Ruhegehalt an die Elektriker bewilligt. Auf dieser Grundlage ist dann der Ausgleich geschlossen. Die Elektrizitätsarbeiter haben gestern morgen die Arbeit wieder aufgenommen. Die Beleuchtung funktioniert wieder vollständig.

England.

Das Frauenstimmrecht und das englische Unterhaus. Wie aus London berichtet wird, beantragte in der Freitag-Sitzung des Unterhauses der Liberale Dickinson die zweite Lesung der Bill, durch die das Wahlrecht zum Parlament den Frauen in allen den Fällen verliehen wird, wo sie zum Wählen berechtigt wären, falls sie Männer wären. Der Premierminister Campbell-Bannerman erklärte, die Regierung wolle dem Hause die Entscheidung der Frage völlig überlassen, aber er sei persönlich für Annahme der Bill. Er wolle seine Meinung dahin aussprechen, daß der

Ausschluß der Frauen vom allgemeinen und gleichen Wahlrecht weder ratsam noch gerechtfertigt oder politisch richtig sei. Whitehead (liberal) beantragte Ablehnung der Bill. Im Laufe der Debatte kamen die üblichen Argumente für und gegen das Frauenstimmrecht. Es traten dabei die größten Meinungsverschiedenheiten hervor, und es zeigte sich, daß innerhalb der Parteien keine einheitliche Haltung beobachtet wird. Die Polizei hat scharfe Maßnahmen getroffen, um Demonstrationen der Frauenstimmrechtlerinnen im Parlamentsgebäude oder außerhalb desselben zu verhindern. — Die Besprechung der Frauenstimmrechtsvorlage wurde auf unbestimmte Zeit vertagt, da die Debatte bis 5 Uhr nachmittags, dem Zeitpunkte, an dem die Sitzungen Freitags ohne weiteres abgebrochen werden, fortgesetzt wurde, und der Sprecher den Antrag auf Schluß der Debatte über die Vorlage ablehnte. Die Vorlage gilt damit als gefallen, da die Regierung zu einer ferneren Besprechung kaum Gelegenheit bieten wird.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 11. März.

Zuzug von Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten.

Die Streikleitung.

Achtung, Steinarbeiter! Über die Kunstsandsteinfabrik von Braek u. Störmer ist von den Steinarbeitern die Sperre verhängt worden.

Der Vorstand.

Achtung, Maurer! Über die Beton-Firma „Komer" Stettin, welche Arbeiten am Bau der Ölmühle in Siems ausführt, ist die Sperre verhängt worden. Die Kollegen wollen das beachten.

S. **Zum Streik der Holzarbeiter.** Wir haben schon in der letzten Nummer des „Volksboten" dargelegt, wie unwahr die Behauptung der hiesigen bürgerlichen Presse ist, daß die Arbeitgeber mit genügend Arbeitskräften versehen seien. Der beste Beweis, wie notwendig man Arbeitskräfte gebraucht, ist durch die großen Anstrengungen der Arbeitgeber zur Heranziehung von Arbeitswilligen gegeben. Schon wochenlang sind in Berlin Agenten tätig, die Tischler nach Lübeck schaffen sollen. Am Sonnabend hatte der Agent Burlage acht Mann gefangen, die er nach hier bringen wollte. In Ratzeburg angekommen, wurden die Angeworbenen von den Streikenden über die richtige Sachlage in Lübeck unterrichtet. Darauf wollten sie die Arbeit nicht aufnehmen, und mit dem Agenten nicht weiter fahren. Die Angekommenen mußten dann in einem Wagen nach hier gebracht werden, damit am hiesigen Bahnhof die Polizei sie nicht „beschützen" konnte, und damit sie auch ferner der Gefahr nicht ausgesetzt wurden, eventuell stundenlang auf der Wache bleiben zu müssen. Als dann der Wagen mit den Tischlern in der Ratzeburger Allee ankam, waren eine Anzahl Meister mit ihren Arbeitswilligen erschienen, um die in dem Wagen sitzenden Tischler den Streikenden abzunehmen. Der Agent Burlage griff den Pferden in die Zügel und ins Geschirr, um den Wagen zum Stehen zu bringen. Als selbst dieses nichts half, zog er einen Revolver aus der Tasche und bedrohte damit den Kutscher und einen der Streikenden. Am Kohlmarkt war infolge des Zerrens und Reißens am Geschirr das letztere gerissen und mußte dadurch das eine der beiden Pferde zu Fall kommen. Auf Verlangen der Streikenden wurde der Revolverheld verhaftet, und zur Wache gebracht; er wurde jedoch bald laufen gelassen. Nun, wir müssen abwarten, wie sich die Staatsanwaltschaft zu diesem Revolverhelden, der die Leute mitten auf der Straße bedroht, stellen wird. Als seiner Zeit bei dem großen Bergarbeiter-Streik ein Bergmann mit dem Deckel seiner Schnupftabaksdose klappte, vermeinte ein Arbeitswilliger das Knacken eines Revolverhahnes zu vernehmen. Und was geschah? Der „Übeltäter" wurde wegen Bedrohung mit der Schnupftabaksdose zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt. Nun, was mag wohl mit dem Revolverhelden Burlager geschehen? Abwarten! — Der „Stadt- und Landbote" versucht in seiner letzten Nummer in einem mit „Streikterrorismus in Lübeck" überschriebenen Leitartikel den Streikenden verschiedene Vorgänge, die sich hier abgespielt haben sollen, in die Schuhe zu schieben. Es wird unter anderm über eine Schlägerei, die sich in der Hüxstraße zwischen einem arbeitswilligen Tischler und dem Sohne eines Herbergswirtes abgespielt hat, berichtet. Zwar muß das Blatt selbst zugestehen, daß die Streikenden direkt daran nicht beteiligt waren, aber trotzdem heißt es, daß man einen derselben zur Vollbringung dieser gewiß rohen Tat gefunden hatte. Wir müssen gegen die Behauptung, daß die Streikenden, wenn auch nur indirekt, an der Sache beteiligt sein sollten, ganz entschieden Verwahrung einlegen. Die Streikenden haben mit der ganzen Sache auch nicht das geringste zu tun. Das Schamgefühl scheint dem Menschen, der diese Tat als Streikterrorismus bezeichnete, und dieselbe den Streikenden, ohne den Schatten eines Beweises anzuhängen versucht hat, gänzlich abhanden gekommen zu sein. Wohin soll es führen, wenn Streitigkeiten, die um Mitternacht in einer Damenkapellen-Wirtschaft entstehen, und auf der Straße zu Schlägereien ausarten, den Streikenden zur Last gelegt werden. Wahrlich, es ist weit gekommen, wenn man die Streikenden in dieser niederträchtigen Weise bekämpft. Aber die Streikenden werden auch selbst durch diese Mittel nicht wankelmütig; sie kämpfen fest und entschlossen für ihre geringen und gerechten Forderungen weiter.

Zum Mord in Hamberge. Daß man in Gadebusch kürzlich nicht den richtigen Mörder des Bäckerknechts Adam von hier verhaftet hatte, bestätigt sich jetzt. Der Untersuchungsrichter erläßt einen neuen Steckbrief, wonach als Täter eine andere Person in Betracht kommt, die sich folgende falsche Personalien beigelegt hat: Arbeiter Johann Karl Martin, geboren am 5. Juni 1876 zu Schwerin, Karl Richard Eduard Gröger, geboren am 15. März 1872 zu Gleiwitz und Paul Reimann (Riemann), geboren am 24. Februar 1887 zu Malchin. Der Mörder wird wie folgt beschrieben: Größe 1,70 Meter, Gestalt schlank, Augenbrauen hellblond, Haare rötlich blond, kurz geschoren, Bart: rötlich blonder Schnurrbart, vielleicht auch Ansatz von gleichfarbigem Backenbart, Augen blau. Besondere Kennzeichen: wahrscheinlich eine Narbe auf der rechten Hand. Setzt die Füße beim Gehen stark auswärts. Auf die Ergreifung des Täters hat der Regierungspräsident in Schleswig eine Belohnung von 300 Mk. ausgesetzt.

Tödlicher Unglücksfall. Als der auf dem Bremer Dampfer „Luna" beschäftigte Matrose Rupprecht in der Nacht zum Sonnabend mit zwei Bekannten die Drehbrücke passierte, wehte ihm die Mütze in die Trave. Beim Versuch, dieselbe wieder zu erlangen, fiel er ins Wasser und ertrank leider, trotzdem sogleich die erdenklichsten Bemühungen zu seiner Rettung erfolgten. Die Leiche wurde am Sonnabend morgen gefunden.

Freie Liebe oder bürgerliche Ehe lautet das Thema des nächsten Vortrages im Verein für Gesundheitspflege. Redakteur Reinh. Gerling, ein vorzüglicher Sprecher, wird hier sicher den gleichen Erfolg erzielen, wie andernorts, wo dieser Vortrag von Tausenden besucht worden ist. Es ist recht, daß auf diese wunde Stelle der Finger gelegt wird. „In der Tat, der Kampf gegen die Liebe, den die Gesellschaft führte, es hat das Weib versklavt und siech gemacht zu gleicher Zeit. Er hat der Menschheit die Mutter gemordet und dafür die doppelte Moral, die zweifache Unmoral ist, gepflegt." Wahrlich, Gerling wird der Redner sein, der dies Thema fesselnd behandeln wird. Alle Leser seien auf den Vortrag aufmerksam gemacht. Karten für Mitglieder nur 20 Pfg. und Nichtmitglieder 75 Pfg. sind im Vorverkauf, Breitestraße 24, I., Buchhandlung Wellandt und den Vereinsboten zu haben, sowie auch an der Abendkasse. Der Vortrag findet am 15. März in den Zentralhallen statt.

Stadttheater. Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben: Dienstag findet die erste Aufführung von „Aida" statt. Gänzlich neue Dekorationen und Kostüme wurden für dieses Werk angeschafft, und deren Fertigstellung bewirkte eine Verzögerung der Erstaufführung, welche nunmehr seit langem auf das sorgfältigste vorbereitet in Szene geht. Herr Bischoff singt den Radames, Frl. Lind die Aida, Frl. Gau die Amneris. Es kann der Besuch dieser Aufführung sehr empfohlen werden, da in Anbetracht des baldigen Schlusses der Opernspielzeit kaum mehr eine Wiederholung wird stattfinden können. — Mittwoch findet keine Vorstellung statt.

-r. **Rensefeld.** Versammlung. In einer überfüllten öffentlichen Versammlung sprach hier am Sonnabend Frau Schlomer-Lübeck über: „Was bietet die Konsumgenossenschaft der Arbeiterfamilie?" Der Beifall am Schlusse des etwa einstündigen Referats bewies zur Genüge, daß auch hier bereits die Konsumgenossenschaftsbewegung unter den Arbeitern recht viele Freunde hat. Nach einer längeren Diskussion wurde eine Resolution angenommen, welche besagte, nicht selbständig vorzugehen, sondern sich dem Konsumverein für Lübeck und Umgegend anzuschließen und hier eine Filiale zu errichten. Es erklärten dann eine ganze Anzahl Arbeiter sofort ihren Beitritt. Möge das hier ausgestreute Samenkorn im Interesse der hiesigen Arbeiterschaft reichliche Früchte tragen.

Seeretz. Versammlung. Am gestrigen Sonntag wurde hier ein Sozialdemokratischer Verein für Seeretz und Umgegend ins Leben gerufen. Die Mitgliederzahl beträgt 76. Auch der Lübecker Volksbote hat im Lauf des Monats eine ganze Anzahl neue Abonnenten bekommen. Wir begrüßen die junge Organisation als ein weiteres Glied in der Kette der Kämpfer für eine bessere, gerechtere Gesellschaftsordnung. Möge das Vorgehen der hiesigen Genossen den Nachbargemeinden unseres Fürstentums zur Nachahmung dienen.

Grevesmühlen. Lohnbewegung. Die Maurer fordern eine Erhöhung des Stundenlohnes von 37 auf 42 Pfg. in der Stadt und 45 Pfg. für Arbeiten über Land. Eine Unterhandlung, welche am Sonntag den 8. März stattfand, führte zu keiner Einigung, indem die Angebote der Unternehmer abgelehnt wurden. Das erste Angebot war folgendes: Für 1907 in der Stadt 39 Pfg., über Land 41 Pfg., 1908 40 und 42 Pfg., 1909 41 und 43 Pfg., 1910 42 und 44 Pfg. Auf so lange Zeit glaubten die Maurer sich für ein so winziges Angebot nicht binden zu können. Sie machten deshalb den Vorschlag, 1907 in der Stadt 40 und für Landarbeit 43 Pfg. Dieses lehnten die Unternehmer ab und boten 40 resp. 42 Pfg. für 1907 und 1908 und 42 resp. 44 Pfg. für 1909 und 1910. Da auch dieses Angebot abgelehnt wurde, schlug der Gesellenausschuß 40 resp. 42 Pfg. für ein Jahr vor. Darauf gingen die Unternehmer jedoch nicht ein. Die Verhandlung wurde dann abgebrochen, mit dem Bemerken, „daß die Sache dann ihren Gang gehen müßte". Es stehen also auch hier ernsthafte Differenzen bevor. Der Zuzug ist deshalb unter allen Umständen fernzuhalten.

Schwerin. Landarbeiterlos in Mecklenburg. Auf die traurige Lage der mecklenburgischen Landarbeiter lassen einige aus der letzten Zeit berichtete Tatsachen einen Schluß zu. In der Stadt L. schlachtete ein Einwohner ein Schwein. Dasselbe war krank, wie sich nach dem Schlachten auf Grund tierärztlicher Untersuchung herausstellte. Das Fleisch sollte als gesundheitsgefährlich am anderen Morgen dem Fronereibesitzer zur Unschädlichmachung überwiesen werden. Was geschah? Während der Nacht, in der man das Schwein im Hofraum hatte hängen lassen, wurde es von Arbeitern gestohlen, in Stücke zerlegt und eingesalzen. Aus Übermut haben es die Arbeiter sicher nicht getan. — Auf einem Gute war eine Kuh krepiert. Der benachrichtigte Froner kam nicht gleich, um sie zu holen und so wurde das verendete Tier einige Tage darauf nach dem nahen Walde geschleift. Die Schnitter wußten das und sind dann über das bereits in Verwesung übergegangene Tier hergefallen und schnitten sich große Stücken Fleisch los, was die Polizei im angebratenen Zustande beschlagnahmte. Die gegnerisch-agrarische Presse schrieb hierzu, dieweil die Sache gar zu ungeheuerlich war, diese Schnitter seien arbeitslos gewesen. Ob das richtig ist, wissen wir nicht, da wir „auf dem Lande" zu wenig Anhänger haben, die imstande sind, einen Brief bezw. einen Bericht schreiben zu können. Doch werden die im Winter auf den Gutshöfen beschäftigten Schnitter gewöhnlich nicht entlassen. Denn zum Frühjahr kommen ja erst wieder die Schnitterherden nach Mecklenburg herein und sind die Arbeitskräfte im Winter verhältnismäßig dünn gesät. Die letztgenannten Schnitter wurden wegen des Raubes des ungenießbaren Fleisches zum größten Teil (zirka 6—8) sogleich verhaftet und sind nun versorgt. Die andere Hälfte stiehlt sich nun vielleicht anderswo durch, bis sie wieder auf irgend einem junkerlichen Gute Unterschlupf gefunden, vorausgesetzt, daß sie eben überhaupt „arbeitslos" waren. — Der Rittergutsbesitzer v. Pl. in K. hatte ein dem Froner verfallenes Pferd schlachten lassen, weil es der Roßschlächter nicht gebrauchen konnte. Als sich von den Gutsarbeitern niemand meldete, von dem alten Gaul Fleisch zu essen, befahl v. Pl. dem Schäfer, der das Tier geschlachtet hatte, das Fleisch den Hühnern vorzuwerfen, die Knochen zum Abnagen den Schweinen und das übrige für die Hühner einzusalzen! — Und zum Schluß: Auf dem Gute Lehsten hatten sich einige „Hofgänger" aufgemacht und wollten den Dienst verlassen. Als dies der Inspektor gewahr wurde, schickte er drei Mann zu Pferde und mit Peitschen bewaffnet den Schnittern nach; in den nahe gelegenen Tannen wurden die Flüchtlinge wieder eingeholt und auf den Hof zurückgebracht.

Hamburg. Vermißte Fahrzeuge. Der Fischdampfer Joergensen u. Wettern, der am 4. Februar Altona verlassen und am 18. Februar dem ihn in der Nordsee ansprechenden Fischdampfer „Otto" mitgeteilt hat, daß er noch einen Tag fischen und dann die Heimreise antreten wolle, ist bisher nicht zurückgekommen. Man befürchtet, daß das Schiff bei den letzten schweren Stürmen auf der Heimreise mit der aus zehn Mann bestehenden Besatzung untergegangen ist. Auch wegen des Finkenwärder Fischerkutters „H. F. 76" werden ernste Besorgnisse gehegt. „H. F. 76" war am 19. Februar bei stürmischem Wetter in See gegangen und ist bisher nicht zurückgekommen. — Mordversuch. Eine blutige Eifersuchtsszene hat sich am Sonntag früh in einem jener Speisewirtschaftskeller abgespielt, die im Volksmunde Verbrecherkeller genannt werden. Morgens 6 Uhr betraten der 89jährige Christian Strohalm und die 89jährige Marie Beck, geb. Holzmann, die schon längere Zeit miteinander verkehrten, den Sturmschen Keller, Niedernstraße Nr. 10, und setzten sich nahe beim Eingang auf einen Stuhl. Nach etwa einer Stunde gerieten die beiden in einen Wortwechsel, weil Strohalm seine Liebste beschuldigte, mit andern Männern in Beziehung zu stehen: besonders solle der Kesselreiniger Betke, der auch in der Wirtschaft anwesend war, sich erfolgreich um ihre Gunst bemüht haben. Plötzlich hörten die Anwesenden Schüsse fallen und sahen, wie Strohalm aus unmittelbarer Nähe einen Revolver auf die Beck richtete. Mehrfach in den Kopf getroffen sank die Frau vom Stuhle und wurde dann ins Hafenkrankenhaus geschafft, wo sie infolge ihrer Trunkenheit mittags noch nicht vernehmungsfähig war. Strohalm, der nur etwas angetrunken zu sein schien, wurde im Stadthause einem Verhör unterzogen. Er gibt zu, den Revolver vor drei Wochen zu dem Zwecke gekauft zu haben, um einen Menschen zu töten; doch habe sein Rachegefühl dem Betke gegolten. Im Revolver steckten nach der Tat 5 abgeschossene Patronen und zwei plattgedrückte Kugeln, die wegen zu schwacher Sprengladung den Lauf nicht verlassen hatten. Strohalm ist schon 19 mal bestraft, sein Opfer ist ebenfalls mit Polizei und Gericht in Konflikt gekommen. Im Stadthause benahm sich Strohalm sehr rabiat und roh. Bei der Vernehmung machte er die Äußerung: „Ich hatte die Absicht, die Beck zu erschießen. Es sollte mir leid tun, wenn sie nicht tot wäre."

Hamburg. Zur Aussperrung der Schauerleute. Von ungefähr 5000 in Betracht kommenden Schauerleuten haben bis Sonnabend abend etwa 70 bis 80 Schauerleute sich durch Unterschrift verpflichtet, Sonntags- und Nachtarbeit zu leisten. Diese werden mithin weiter ordnungsgemäß beschäftigt. Weiter meldet eine Depesche: Freitag gingen von London 2000 Hafenarbeiter nach Hamburg ab, um die dortigen streikenden Hafenarbeiter zu ersetzen. Der Streik ist also von den Unternehmern wohl vorbereitet. — In einer Versammlung der Schauerleute am Sonntag wurde einstimmig beschlossen, nach wie vor die verlangte Unterschrift zur ganzen Nachtarbeit nicht zu leisten. Die Aussperrung im Hamburger Hafen wurde am Sonnabend zur Tat. — Ein Riß im Unternehmerverbande der Hamburger Hafengewaltigen. Zwei der größten Getreidefirmen haben ihren Austritt aus dem Hafenbetriebsverein erklärt, da die ungelernten fremden Arbeiter die Schauerleute nicht zu ersetzen vermögen. Auch sonst herrscht in den Kreisen der Unternehmer vielfach Mißstimmung über das Vorgehen des Hafenbetriebsvereins, nachdem durch die Erklärung des Vorsitzenden des Hafenarbeitervereins bekannt geworden ist, daß die Schauerleute wegen der Regelung der Frage der Nachtarbeit verschiedentlich mit den Reedern haben unterhandeln wollen, ihre Anfragen aber unbeantwortet geblieben sind. Die Hamburg-Amerika-Linie zahlt den fremden Arbeitern 20 Mk. Handgeld, 5 Mk. für den neunstündigen Arbeitstag und 1 Mk. für jede Überstunde bei freier Wohnung und Beköstigung und freier Her- und Rückreise.

Harburg. Wegen angeblicher Gotteslästerung verurteilt. Die Stader Strafkammer verurteilte den Redakteur Genossen Zielke-Harburg, der im Ortsverein der sozialdemokratischen Partei Harburgs einen Vortrag über die Religionslosigkeit des modernen Arbeiters gehalten und die Bibel ein Lügenbuch genannt haben sollte, wegen Gotteslästerung zu einer Woche Gefängnis. Unser Genosse bestritt entschieden, die ihm zugeschriebenen Worte gebraucht zu haben, doch erfolgte die Verurteilung auf Grund der Aussage des überwachenden Beamten.

Altona. Ein Revolverattentat wurde am Sonntag früh 4 Uhr in der Kleinen Freiheit ausgeführt, wo der Kleine Rainstraße 35 im Keller wohnende Arbeiter Johannes Reese von einem Unbekannten hinterrücks in den Kopf geschossen und schwer verletzt wurde, sodaß er sofort zusammenbrach. Das Geschoß hat bisher noch nicht entfernt werden können. Nach dem Täter, der im Gängeviertel durch die Flucht entkommen ist, wird von der Polizei eifrig recherchiert.

Kiel. Die Unternehmer im Kieler Holzgewerbe haben ihre Arbeiter ausgesperrt und damit einen schnöden Vertragsbruch begangen. Zuzug von Tischlern und Maschinenarbeitern nach Kiel ist deshalb streng fernzuhalten. — Die Töpfergesellen in Kiel stehen in einer Lohnbewegung. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Flensburg. Der Stadtkassierer Nissen in Apenrade hat 12 300 Mark unterschlagen. Seine Kaution beträgt 10 000 Mk., sein Gehalt 3600 Mk. Mißliche häusliche Verhältnisse sollen die Ursache der Veruntreuung sein.

Schleswig. Die Klempner in Schleswig haben die Sperre aufgehoben, weil ihre Forderungen bewilligt wurden.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 9. März.

Bauern-Butter Pfd. 1,15—1,20 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,25—1,30 Mk., Hasen —, — Mk., Enten 4,00—4,50 Mk., Hühner 2,00—2,50 Mk., Küken Stck. — Mk., Tauben Stck. 0,60 Mk., Gänse Pfd. 0,— Mk., Flickgans 2,— Mk., Schweinskopf Pfd. 0,60 Mk., Schinken Pfd. 1,30 Mk., Wurst Pfd. 1,30 Mk., Eier 8 Stck. 60 Pfg., Karpfen Pfd. 1,00 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,20—2,40 Mk., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk., Heringe genügend, Dorsche genügend, Brachsen Pfd. — Pfg., Gemüse genügend, Blumenkohl d. Kopf 0,30—0,50 Mk., Aepfel, beste Gravensteiner, pr. 100 Pfd. — Mk., verschiedene pr. 100 Pfd. — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kirschen Pfd. — Pfg., Zwiebeln, hiesige, 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Kartoffeln, beste, 100 Pfd. 3,75 Mk., Kohl, 100 Pfd. 3,00 Mk. Süßwasserfische genügend.

Sternschanz-Viehmarkt

am 9. März.

Der Schweinehandel verlief lebhaft.

Zugeführt wurden 2290 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 52 Mk., leichte 52 Mk., Sauen 44—48 Mk. und Ferkel 48—52 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sowie für die trostreichen Worte des Herrn Senior Ranke im Hause wie am Grabe meinen innigsten Dank. Auch seinen Freunden und Kollegen aus Hamburg und Lübeck für die unerwartete Teilnahme und für die reichen Kranzspenden, insbesondere den fremden geschriebenen Maurern meinen tiefempfundenen Dank.

Frau **Louise Hamann Ww.** nebst Kinder.

---

2 Wohnungen zu vermieten

Feldstraße 5.

Zu erfragen Feldstraße 2, Mühlentor.

Wir gratulieren unserm lieben Großpapa.

Elsa und Walter Besch.

Zum 1. April **geräumiges, heizbares Zimmer** von einzelnen Herrn in der Nähe der Dornestraße gesucht.

Aug. u. **A J** an die Exp. d. Bl. erbeten.

Ein fast neuer Kinder-Sitz- und Liegewagen preiswert zu verkaufen

Sadowastraße 30, pt.

Ein großer Koffer und mehrere Jackett-Anzüge zu verkaufen Wakenitzmauer 124, I.

Ein zweitüriger Kleiderschrank zu verkaufen Schönkampstraße 4.

Brut-Eier, Dutzend 2.80 Mark, von erstkl. blutfr. weißen Wyandottes-Stamm 1,6

Fr. Eisermann, Gneisenaustraße 6.

Ein Sportwagen zu verkaufen

Schwartauer Allee 61, 1.

Frau Hansen, Hebamme

wohnt jetzt: **Marktstwiete 2.**

---

5 Pfg. per Pfund aufwärts zahle für Hausstandslumpen, für Alt-Metalle u. Gummi die höchsten Preise Alfstraße 37.

Arbeiter-Notiz-Kalender 1907

Geb. 60 Pf. Porto 10 Pf.

Ein nützlicher Ratgeber, ein unentbehrliches Nachschlagebuch für alle in Partei und Gewerkschaften organisierten Arbeiter.

Der diesjährige Kalender enthält u. a.:

Die Parteien des Reichstages. — Winke für Militärinvaliden. — Die Reichstagswahlen von 1903 und die Nachwahlen. — Biogr. Notizen unserer Reichstagsabgeordneten. — Sozialdemokratische u. Gewerkschafts-Presse. — Volksschulen in Deutschland. — Die Gewerkschaften im Jahre 1905. — Die Arbeitersekretariate. — Die internationale Gewerkschaftsbewegung. — Die im Jahre 1906 gewählten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten (Bildnisse). — Kalendarium und Geschichtskalender. — Adressen d. deutschen Arbeitersekretariate. — Münztabelle. — Deutsche Großstädte. — Maße und Gewichte. — Portotaxe. — Ein vielseitiges Adressenmaterial.

Außerdem enthält der Kalender ein Porträt des verstorbenen Genossen H. Meister in künstlerischer Ausführung.

Zu beziehen ist der Kalender durch jede Parteibuchhandlung.

Der Verlag:

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

Die Buchdruckerei

von

Friedr. Meyer & Co.

LÜBECK

Johannisstr. 50 • Johannisstr. 50

empfiehlt sich zur

Herstellung sämmtlicher Buchdruckarbeiten

in ein- und mehrfarbigem Druck.

Verlag des „Lübecker Volksbote“.

Anfertigung von

- Plakaten
- Broschüren
- Flugblättern
- Statuten
- Mitgliedskarten
- Eintrittskarten
- Programmen
- Festliedern.

Anfertigung von

- Briefbogen
- Kouverts
- Rechnungen
- Quittungen
- Mitteilungen
- Adresskarten
- Zirkularen
- Visitenkarten.

Friedr. Meyer, Schuhwaren-Verkaufshaus,

2 Hüxterdamm 2 (früher Hüxstraße 118)

empfiehlt sein großes Lager in

Herren-, Damen- und Kinder-Fußzeug

in solider Ausführung zu bekannt billigen Preisen.

Eigene Werkstatt für gute Reparaturarbeiten. * Gebe rote Rabattmarken.**

Von der internationalen Bibliothek

erste Serie

empfehlen wir besonders:

Kautsky, Karl Marx ökonomische Lehren,	geb.	Mk.	2,50
Bebel, Ländliche Arbeiterfrage,	„	„	2,50
Bebel, Charles Fourier,	„	„	2,50
Stern, Philosophie Spinoza's	„	„	1,—
Kautsky, Das Erfurter Programm,	„	„	2,50
Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England,	„	„	2,—
Stepniak, Der russische Bauer,	„	„	2,50
Mehring, Die Lessing-Legende,	„	„	3,50
H. Lux, E. Cabet und der ikarische Kommunismus	„	„	2,—
Plechanow, N. G. Tschernischewsky,	„	„	3,—
Fr. Engels, E. Dühring's Umwälzung der Wissenschaft	„	„	3,—

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Misch-Kaffee

gutschmeckend und kräftig

Pfund 60, 80, 90 u. 100 Pfg.

H. Bülck

Kaffee- und Teehandlung

Fernspr. 149. Breitestr. 54.

Hansa-Theater

Saisonschluß

in 4 Tagen.

Raubtier-Gruppe

Jcard Smite Smote

Hermann Wehling

4 Silbersterne

und das große Programm.

Stadt-Theater.

Direktion: Ludw. Piorkowski.

Dienstag, 12. März. 7½ Uhr.

Mit vollständig neuer Dekorations- und Kostüm-Ausstattung.

Aïda.

Große Oper in 4 Akten von Verdi.

Mittwoch: **Keine Vorstellung.**

Donnerstag: **Husarenfieber.**

Freitag: **Rigoletto** (Mattoni a. G.)

Sonnabend: **Die Räuber.**

„Franz“-Debut: Hans Helmuth Koch, Lübeck

Den Bergh's Margarine

„Frauenstolz“

— hochfeine Spezialmarke —

per Pfund 80 Pfg.

ersetzt feinste Butter.

Zu haben bei:

F. Böttcher, Elswigstraße 32.

Vereinigte Butterhändler

von Lübeck und Umgegend.

Allerfeinste Meiereibutter kostet Pfund 1,25 Mark.

Alle Kolonialwaren

in bester Qualität,

zu billigsten Preisen

empfiehlt

Rud. Fromm,

Fackenburger Allee 25.

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.

Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.

1 Jahr Garantie.

Ernst Gentzen, Uhrmacher

Königstraße 62, b. d. Hüxstraße.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Goldarbeit., Fünfhaus 13

✱ Zauberflöte ✱

Schüsselbuden 4.

Eintritt frei.

Arbeiter-Bildungsschule Lübeck

Lieder-Abend

am Mittwoch, den 13. März

im „Vereinshaus“,

Johannisstr. 50-52.

Mitwirkende: Gesangverein „Eintracht“, „Graphische Liedertafel“, Gesangverein „Lyra“, :::

∴ ∴ ∴ **sowie namhafte Kräfte** ∴ ∴ ∴

Saalöffnung 8 Uhr. □ □ □ □ Anfang 8½ Uhr.

Preis der Karte: **25 Pfg.** □ □ □ Garderobe frei.

: : : : **Der Vorstand** : : : :

Karten sind zu haben bei Leeke, „Vereinshaus“, Konsumverein I, Fleischhauerstraße, Konsumverein II, Glandorpstraße 1, **Wittfoot,** Hüxstraße 18, **L. Klein,** Hüxstraße 94, **J. Stelling,** Gneisenaustraße 1 a, **Wilh. Körner,** Kupferschmiedestraße 11, **Grünewald,** Böttcherstraße 18, **K. Dose,** Gloxinstraße 16, **Johs. Dührkop,** Ritterstraße 6, u. in der Exp. des „Lüb. Volksb.“

Während meines Ausverkaufs wegen Vergrösserung der Geschäftsräume

zur Konfirmation

bedeutende Preisermäßigung

auf

Gesangbücher,

Konfirmationsbilder

und alle übrigen Geschenkartikel

sowie

Konfirmationskarten

☛ teils für die Hälfte. ☚

Auf alle Artikel außerdem

Rote Lubeca-Rabatt-Marken.

Georg Hohenschild

Sandstraße 19.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 59. Montag, den 11. März 1907. 14. Jahrg.

Aus dem Lande des Ochsenkopfs.

hc. In Mecklenburg kann es jetzt interessant werden. Die feudale „Ritterschaft" fühlt sich dort im Besitze ihrer Privilegien und im Zustande der Verfassungslosigkeit noch so recht mollig. Sie will die „patriarchalische Idylle" konservieren und wird darum den von den beiden Großherzögen und ihren Regierungen ausgehenden Reformversuchen allen erdenklichen Widerstand entgegensetzen. Diese Junker halten ihre Privilegien für ein Werk der göttlichen Vorsehung und Konzessionen an den Zeitgeist zu machen, fällt ihnen garnicht ein. In dem Augenblick, da die Landesfürsten solche Konzessionen verlangen, haben sie in den Junkern, die sich sonst als „monarchisch bis auf die Knochen" gebärden, die erbittertsten Feinde. Mag draußen im Reiche vorgehen, was will, sie halten an dem Erbvergleich von 1755 fest, der heute noch das Staatsgrundgesetz der beiden Mecklenburg bildet und der wie eine öde Ruine in das moderne Deutschland hineinragt, in dem sich übrigens noch zahlreiche ähnliche Ruinen befinden, wenn sie auch nicht ganz so alt sind.

Wenn die Regierungen ihre „konstitutionellen" Reformen mit dem mecklenburgischen Landtag, auf dem die Junker das entschiedene, ja erdrückende Übergewicht haben, „vereinbaren" wollen, dann werden diese Reformen sehr bescheiden sein müssen. Und auch dann ist noch wenig Aussicht vorhanden auf einen Erfolg, denn die mecklenburgischen Junker werden um das Tüpfelchen auf dem „i" kämpfen.

Diese edlen „Ritter" wollen offenbar in die Fußstapfen ihrer glorreichen Ahnen treten, die auch das im Jahre 1848 begonnene Verfassungswerk mit Hilfe Preußens zu Falle gebracht haben. Im Jahre 1848 wollte der junge Großherzog Friedrich Franz, dem Volkssturm nachgebend, eine konstitutionelle Verfassung anbahnen. Die Volksbewegung war so stark, daß die „Ritter" auf dem außerordentlichen Landtage von 1848 das neue Wahlgesetz nicht abzulehnen wagten, das allgemeines Wahlrecht und nur auf Grund desselben gewählte Abgeordnete einführte. Damit war das Hauptprivileg der Junker beseitigt.

Es gab damals in Mecklenburg eine starke demokratische und eine starke konstitutionelle Partei. In die letztere schlüpften die Junker hinein, um besser intriguieren und das vertrauensduselige „konstitutionell-liberale" Bürgertum über den Löffel barbieren zu können. Es gab aber auch eine starke Arbeiterbewegung in Mecklenburg und das Klassenbewußtsein regte sich unter den städtischen und ländlichen Proletariern dort mehr, als man vielleicht erwartet hatte. Auf dem Ersten deutschen Arbeiterkongresse, der im August 1848 zu Berlin stattfand, war der Allgemeine Arbeiterverein von Schwerin schon durch einen Delegierten vertreten. Auf dem im Februar 1849 zu Hamburg stattgehabten Kongreß norddeutscher Arbeitervereine teilte der Delegierte von Schwerin, Polenz, mit, daß die sämtlichen Arbeitervereine von Mecklenburg sich dem Schweriner Lokalkomitee angeschlossen hätten und auch der von Born ins Leben gerufenen „Arbeiterverbrüderung" beigetreten seien. Diese Organisation stand noch nicht auf dem Standpunkt der heutigen Sozialdemokratie war aber ein Vorläufer derselben und kam ihr sehr nahe. Sie wollte vor allem die Arbeiterbewegung von den bürgerlichen Parteien unabhängig machen. Auch die ländlichen Tagelöhner waren in Bewegung; sie reichten bei der Abgeordnetenkammer eine mit 50 000 Unterschriften versehene Petition ein, welche Abschaffung der Patrimonialgerichte und des Kirchenpatronats, Gemeindevertretung, Gewerbefreiheit usw. verlangte. Das Junkertum geriet in große Angst vor einem Bauernkrieg.

Der Großherzog, der erst sehr selbstherrlich aufgetreten war und sogar die Petitionen an ihn verboten hatte, ließ das neue Wahlgesetz am 15. Juli 1848 veröffentlichen. Es gelang den Junkern, die Einberufung des neugewählten Landtages bis zum 31. Oktober 1848 hinauszuschieben. Damals hatte in Preußen und in Österreich die Reaktion schon gesiegt. Die Liberalen nannten den neuen Landtag in gewohntem Dusel eine „konstituierende" Versammlung; derselbe stand aber auf dem Boden des Vereinbarungsprinzips. In dieser Versammlung dominierte die Demokratie. Die Verfassung kam im August 1849 zu stande, nachdem die Regierungen beständig an derselben herumgemäkelt hatten. Die Regierung von Strelitz löste die Versammlung auf, was eine lächerliche Anmaßung war; der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin aber bestätigte die Verfassung.

Mit der in Deutschland überall siegenden Reaktion rüsteten sich die Junker zum Umsturz dieser Verfassung. Sie suchten und fanden Hilfe bei Preußen. Es wurde ein „Bundesschiedsgericht" eingesetzt. Der König von Hannover, den der Großherzog angerufen, bestellte dazu einen Herrn v. Scheele, der König von Preußen, den die Junker anriefen, einen Herrn Götze vom preußischen Obertribunal; diese nahmen noch einen sächsischen Richter dazu und erklärten am 11. September 1850 die neue mecklenburgische Verfassung für nichtig. Dieser Umsturz war dem Großherzog willkommen und er berief alsbald den mittelalterlichen Landtag wieder ein, der die Prügelstrafe wieder einführte. An dem ehemaligen Präsidenten der „konstituierenden" Versammlung, dem bekannten Moritz Wiggers, nahm die Reaktion ihre Revanche; er wurde in den Rostocker Hochverratsprozeß verwickelt und nach langer Untersuchungshaft zu Zuchthausstrafe verurteilt.

Die Nachkommen der Junker, die so hartnäckig für den Erbvergleich von 1755 und für die feudalen Privilegien gekämpft, werden nicht nachgiebiger sein. Was sich mit diesen „vereinbaren" läßt, wird kaum nach „konstitutioneller Verfassung" aussehen können. Von dem mattherzigen Liberalismus Mecklenburgs ist auch nicht viel zu erwarten. Hat doch erst vor einiger Zeit der nationalliberale Mecklenburger Büsing im Reichstage einen elegischen Schwanengesang angestimmt über das Unglück Mecklenburgs, statt mit kräftigen Worten die junkerlichen Anmaßungen zu geißeln. Ob sich im Reichstage eine Mehrheit findet, die einen Beschluß durchsetzt, wonach in Mecklenburg eine Verfassung und gewählte Volksvertretung einzuführen ist, erscheint bei diesem Reichstage noch nicht sicher. Früher ist dergleichen mehrmals beschlossen worden, aber der Bundesrat hat diese Beschlüsse ignoriert oder abgelehnt. Wenn von dieser Körperschaft die mecklenburgische Frage entschieden werden sollte, so würde die Entscheidung im Zeichen des Bülowkurses fallen und der Reichskanzler würde gegen den Adel des Landes, dem seine eigenen Ahnen entstammen, gewiß nicht allzu schneidig vorgehen. Man würde wohl dem Lande des Ochsenkopfes höchstens eine Volksvertretung nach preußischem Muster, gewählt auf Grund eines Dreiklassenwahlsystems, zubilligen, das wäre den mecklenburgischen Junkern sicherlich schon zu viel. Hoffen wir indessen, daß ihr hartnäckiger Widerstand auch den unvermeidlichen Gegendruck erzeugt und in Mecklenburg eine Volksbewegung hervorruft, die trotz der Ungunst des Moments nicht stillesteht, bis eine Änderung erzielt ist.

Das Wahlgesetz vom Juli 1848 besteht noch zu Recht, denn es ist auf legalem Wege ins Leben gerufen worden. Die Auflösung der auf Grund dieses Gesetzes gewählten „konstituierenden" Versammlung war ein ungesetzlicher Akt, schon darum, weil er von der Strelitzer Regierung allein ausging; er war aber auch sonst unzulässig und hatte den Charakter eines Staatsstreichs. Der Umsturz der von dieser Versammlung beschlossenen und vom Großherzog bestätigten Verfassung durch ein „Bundesschiedsgericht" war ein einfacher Gewaltakt, der sich nur auf die mecklenburgischen und die preußischen Bajonette stützen konnte. Wenn heute in Mecklenburg eine Regierung sich auf den Standpunkt stellen würde, das Wahlgesetz vom Juli 1848 sei noch in Gültigkeit, so könnte das staatsrechtlich gar nicht angefochten werden. Und wenn diese Regierung, um altes Unrecht wieder gut zu machen, auf Grund dieses Wahlgesetzes eine neue konstituierende Versammlung einberufen würde, um die ersehnte Verfassung zu schaffen, so würde sie ganz gesetzlich verfahren. Aber — —!

In den meisten deutschen Staaten sind ja die Errungenschaften des Jahres 1848 auf ähnliche Weise beseitigt worden wie in Mecklenburg, namentlich in Preußen, Hannover und Württemberg.

Die Hauptsache ist, daß in Mecklenburg der Kampf mit der Ritterschaft, gerichtet gegen deren Privilegien, aufs neue aufgenommen wird. Hoffentlich kriegen diese edlen „Ritter" nicht mehr die Ruhe, um behaglich auf den Resten des Mittelalters weiter thronen zu können.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksbote".

Berlin, den 9. März 1907.

11. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky, Caspar.

Präsident Graf Stolberg wird beauftragt, im Namen des Reichstags am Grabe des Staatsministers v. Boetticher einen Kranz niederzulegen.

Die Interpellationen Albrecht (Soz.) und Ablaß (Frs. Vp.) betr. die Schiffahrtsabgaben werden von der heutigen Tagesordnung abgesetzt, nachdem Graf Posadowsky erklärt hat, der Reichskanzler werde demnächst mitteilen, an welchem Tage er zur Beantwortung der Interpellation bereit sei.

Es folgt die Interpellation der Abgg. Trimborn und Gen. (Ztr.), welche sich danach erkundigt, ob und welche sozialpolitischen Vorlagen im Laufe dieser Session zu erwarten seien, und welche Gestalt die im Jahre 1904 vom Grafen Posadowsky in Aussicht gestellten Arbeitskammern erhalten sollen.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Trimborn (Ztr.) begründet die Interpellation. Der aufgelöste Reichstag hat als einziges sozialpolitisches Gesetz das Gesetz über die Kaufmannsgerichte verabschiedet. Diese Unfruchtbarkeit lag aber nicht an dem Reichstag, sondern an der mangelnden Initiative der Regierung und an ihren plötzlichen Schließungen und Auflösungen. Wir sind gespannt, wie sich die Mehrheit in sozialpolitischen Dingen zusammensetzen wird. Soll der Bruch mit dem Zentrum auch einen Bruch mit der Sozialpolitik bedeuten? In der Thronrede war die Vorlage über die Berufsvereine nicht erwähnt. Die Regierung muß Farbe bekennen. Und wie steht es mit dem kleinen Befähigungsnachweis? Werden bald die Arbeitskammern kommen und wie werden sie aussehen? Wie wird sich das Verhältnis zwischen den Berufsvereinen und den Arbeitskammern gestalten? Die bürgerliche Linke, bei der ja jetzt Herr Naumann sitzt, muß doch förmlich nach einer fortschrittlichen Sozialpolitik lechzen. Wir wünschen dringend, daß etwas Positives geschieht. (Bravo! im Zentr.)

Der Kunstreiter.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(43. Fortsetzung.)

„Jawohl — ei gewiß — du meine Güte, daran hatte ich gar nicht gedacht!" rief die alte gute Mamsell geschäftig, „das soll gleich besorgt werden, und ein delikates Süppchen will ich selber gleich dem armen kleinen Würmchen kochen. Lieber Gott, das herzige Dingelchen muß ja ganz erfroren sein im Schlitten!" Und ihr Licht noch emporhaltend, daß Georg und Adele mit dem Kinde durch das dunkle Zimmer ihren Weg finden könnten, eilte sie rasch wieder über den Gang hinüber, der Küche zu, alles nötige selber anzuordnen.

Georg überlief es dabei wie mit Fieberfrost — ein bittender Blick der Gouvernante hatte ihn getroffen — und er fühlte, es war etwas Außergewöhnliches vorgefallen. Rasch trat er in das Zimmer, und wie nur die Wirtschafterin weit genug entfernt war, sie nicht mehr hören zu können, sagte er leise und dringend in französischer Sprache: „Was ist geschehen, Mademoiselle? Verhehlen Sie mir nichts."

„Sie müssen alles wissen, aber — lassen Sie das Kind nichts merken", bat die Gouvernante zurück. — „Seit gestern ist Ihre Gattin mit Josephinen fort — diesen Brief hat sie für Sie zurückgelassen. Gehen Sie in das Zimmer Ihrer Gemahlin und lesen Sie dort die Zeilen — wenn ich Marien zu Bett gebracht habe, werde ich hinüberkommen, um mich zu erkundigen, was morgen mit ihr werden soll."

Mit diesen Worten gab sie ihm den Brief, und Georg mußte sich gewaltsam zwingen, seiner Sinne bei der Schreckensbotschaft Meister zu bleiben. Aber die Gouvernante hatte recht. Das Kind durfte von dem Ungeheuren, was hier vorgefallen, nichts erfahren — nicht bei seinem Eintritt in dieses Haus, wo sich dem kleinen Kopfe jedes gehörte Wort nur so viel schärfer und unvergeßlicher eingeprägt hätte. Ruhig nahm er den Brief, den er, ohne ihn auch nur anzusehen, in die Brusttasche schob, sagte dann der Kleinen freundlich gute Nacht und verließ das Gemach. Wie er aber in das Zimmer seiner Frau kam, wußte er selber kaum. Dort warf er sich in einen Stuhl, erbrach den Brief, auf dem die Adresse: „An Herrn Baron v. Geyfeln" stand, und las die wenigen Zeilen, die er enthielt. Sie lauteten:

An Herrn Baron v. Geyfeln!

Schon diese Überschrift nimmt meiner Handlung jedes Bittere, das sie sonst für mich haben könnte. — An Herrn Baron v. Geyfeln — der Name ist mir so fremd, wie der Mann es mir geworden, der ihn trägt. Seit Du die Bahn verlassen, Georg, in der ich Dich bewundern und lieben lernte, seitdem mußte ich mich zwingen, in Deiner Nähe auszuharren — und tat es nur des Kindes wegen, dem ich Mutter bin und bleiben werde. Deine Gesetze begünstigten Dich, daß ich nicht meinem Willen gleich von Anfang an folgen konnte. Ich habe jetzt Sorge getragen, daß sie nicht mehr imstande sein sollen, mich zu erreichen. Folge mir, wenn Du kannst, als Baron v. Geyfeln, und reklamiere das Kind, das mein ist im vollen Sinne des Wortes. Doch Du wirst klug sein und nicht einmal den Versuch machen, von dem Du von vornherein wüßtest, daß er erfolglos bleiben würde. — Kehre zu Deiner früheren Kunst zurück, und ich will mit Freuden in Deine Arme fliegen; verharre bei Deinem tatenlosen Leben und wir sind für immer geschieden.

Suche nicht meinen jetzigen Aufenthalt zu erforschen; wenn Du ihn selbst fändest, ich bin und bleibe für Dich verloren. Mein Kind aber werde ich einem Glück entgegenführen, das es unter Deiner Führung nimmer hätte erreichen können.

Lebe wohl!

Georgine.

Georg, der den Brief wieder und wieder durchgelesen hatte, hielt ihn noch in der Hand und starrte darauf nieder, als die Haushälterin mit der Magd ins Zimmer kam und das bestellte Abendbrot brachte. Georg faltete den Brief zusammen und steckte ihn in die Tasche, und die geschwätzige Alte hätte gern ein Gespräch mit ihm angeknüpft, er wehrte sie aber unter dem Vorgehen ab, müde zu sein, verzehrte sein Abendbrot schweigend und fragte nur dann und wann die Wirtschafterin, die sie sich indessen im Zimmer zu schaffen machte, nach verschiedenen höchst gleichgültigen Sachen. Die Mamsell erzählte ihm dabei natürlich, daß, gleich nachdem er fort gewesen, auch Besuch gekommen wäre: ein fremder Herr, der ihn hätte sprechen wollen.

„So? — in der Tat?" sagte Georg ruhig, „wie hieß er?"

„Ja, das weiß ich wahrhaftig nicht. Er gab mir seine Karte, aber der Name stand mit so winziger Schrift darauf, daß ihn meine alten Augen nicht mehr lesen konnten. Es war aber ein Baron."

„So? — und wie sah er aus?"

„Ein kleiner, sehr zierlicher Herr war es, sehr hübsch und sauber angezogen, mit einem kleinen schwarzen Schnurrbärtchen und solchen schwarzen Locken. Er war am nächsten Morgen noch einmal da, hat aber dann wohl nicht länger warten können, und da wir an dem Nachmittage — ach, das wissen der gnädige Herr ja auch noch nicht, daß der alte arme Tobias ertrunken ist!"

„Tobias? — wer ist Tobias?"

„Ih, der alte arme Teufel unten aus dem Dorfe — er war noch am Abend vor Ihrer Abreise hier oben und hatte wohl ein Glas zu viel getrunken, denn sonst habe ich ihn nie frech oder unverschämt gesehen, und Ew. Gnaden ließen ihn dann vom Hofe jagen."

„Der ist ertrunken?"

„Er ist von hier aus nicht wieder ins Dorf gekommen. Ob er den Weg verfehlt hat, oder was sonst die Ursache war, Gott allein weiß es, aber am nächsten Morgen fischten sie ihn aus dem Bache unten auf, und gestern Nachmittag haben wir ihn begraben — und solch eine schöne Leiche, wie der arme alte Mensch noch gehabt hat!"

„Der — ist — tot?" sagte langsam und sinnend Georg, „wunderbar!"

„Ach Du lieber Gott!" meinte die Haushälterin, „abkommen konnte er ja schon; zu 'was nütze war er doch nicht mehr auf der Welt, und Hunger und Kummer hätte ihn so vielleicht bald untergebracht; aber es tut einem doch immer weh, wenn ein Christenmensch auf solche Art und Weise, eigentlich wie ein ander Stück Vieh auch, seinen Tod finden muß, wenn es auch nicht einmal ein Verwandter gewesen wäre."

Georg hörte garnicht mehr, was sie sprach. — „Sind noch Briefe oder Zeitungen für mich gekommen?"

„Briefe — ja, ich weiß es wirklich nicht. Der Postbote war da, die werden aber dann wohl bei Ew. Gnaden im Zimmer liegen."

„Haben Sie den Schlüssel?"

„Den hat das Fräulein."

„Dann bitten Sie das Fräulein, mir alles, was etwa für mich angekommen wäre — und auch meinen Schlüssel mit herüber zu bringen."

Staatssekretär Graf Posadowsky beantwortet die Interpellation. Der Reichskanzler und die verbündeten Regierungen sind zur Fortführung der Sozialpolitik entschlossen. Man wagt es nicht mehr, mit schroffer Hervorkehrung des manchesterlichen Individualismus die Sozialpolitik zu bekämpfen; selbst die Gegner der Sozialpolitik erklären sich prinzipiell für sie, bekämpfen aber jeden einzelnen Schritt auf diesem Gebiete. (Sehr wahr! im Zentr.) Aber ein Volk von der Kulturhöhe des deutschen kann die Sozialpolitik nicht aufgeben trotz aller ihrer stillen und offenen Gegner. (Bravo! links und im Zentr.) Der Reichskanzler hat seine allgemeine Stellung unzweideutig dargelegt. Über den Termin der Vorlegung einzelner Gesetze konnte er sich aber nicht äußern. Wir sind jetzt mit einem wahren Lawinensturz von Anträgen überschüttet worden. (Sehr richtig! rechts.) Ich halte es für besser, einzelne große Aufgaben herauszugreifen und sich mit ihnen ernst zu beschäftigen. (Sehr richtig!) Dann kommt man weiter als durch zahlreiche Anträge — Von dem Berufsvereinsgesetz kann ich aus vollster innerlicher Überzeugung sagen, es war, wie Maria Stuart, besser als ihr Ruf. (Heiterkeit und Rufe: Na! Na! bei den Soz.) Das Gesetz beseitigte den Zustand, daß die Rechtsfähigkeit in das abhiträre Ermessen der Verwaltungsbehörden gestellt wird. Nun ging man aber auf verschiedenen Seiten weiter und wollte in dem Gesetze eine völlige Neuregelung des Koalitionsrechts, ja sogar des ganzen Vereins- und Versammlungsrechts. Man hat irrtümlicherweise behauptet, das Gesetz über die Arbeitskammern werde die Arbeitskammern ausschließlich auf die rechtsfähigen Berufsvereine basieren. Die verbündeten Regierungen beabsichtigten durchaus nicht eine derartige Bestimmung, haben überhaupt nicht gewollt, die Gesetze über die Arbeitskammern und über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine in Zusammenhang zu bringen. Damit fällt ein Hauptpunkt weg, der gegen das Gesetz über die Berufsvereine angeführt wurde. Ich würde es vielleicht für prattisch halten, zunächst ein Gesetz über die Arbeitskammern und dann erst ein Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine einzubringen. Das in der vorigen Session eingebrachte Gesetz wird nach der scharfen Kritik, die es erfahren hat, von den Regierungen nochmals einer sorgfältigen Prüfung unterzogen. Wann und in welcher Gestalt das Gesetz wieder eingebracht wird, kann ich in diesem Stadium der Verhandlungen nicht sagen. Ein Gesetz über die Arbeitskammern wird, wie ich annehme, in der nächsten Session dem Hause vorgelegt werden. (Bravo!) Die Vorlage über den sogen. kleinen Befähigungsnachweis steht im Bundesrat vor der dritten Lesung, und es wird lediglich von der Geschäftslage dieses Hauses abhängen, wann sie Ihnen zugehen wird. Ich bin nicht imstande, eine bindende Erklärung darüber abzugeben, ob und wann ein Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs kommen wird. — Was die Arbeitszeit der weiblichen Personen betrifft, so bin ich der Meinung, daß eine elfstündige Arbeitszeit der Frauen nicht aufrecht zu erhalten ist. (Lebh. Bravo!) Ich hoffe, in der nächsten Session eine Vorlage einbringen zu können, welche den zehnstündigen Arbeitstag für Frauen einführt. (Bravo!) Aus der vorigen Session ist noch ein umfangreicher Rest von Vorlagen vorhanden, der aufgearbeitet werden muß. Man tut aber gut, nicht zuviel auf einmal zu verlangen und sich mit Abschlagszahlungen zu begnügen. (Sehr wahr! rechts.) — Nun zu der Äußerung des Herrn Reichskanzlers über das Vereins- und Versammlungsrecht. In der Reichsverfassung ist eine einheitliche Regelung dieses Rechts zugesagt. Der Reichskanzler beabsichtigt die Ausführung dieses promissorischen (versprechenden) Artikels. Diese Erklärung des Kanzlers wird Gegenstand sehr ernster Verhandlungen zunächst innerhalb der Reichsressorts und der preußischen Ressorts sein, da es sich um ein äußerst schwieriges und delikates Problem handelt. Auf sozialpolitischem wie auf allgemein politischem Gebiete müssen sich die Forderungen innerhalb der wirtschaftlich und politisch möglichen Grenzen halten. Je mehr Gesetze, desto schlechter das Staatswesen. Die Gesetzgebung ist nur die äußere zwingende Form. Jeder muß in seinem Kreise dazu beitragen, an der Hebung der Sittlichkeit, an der Verbreitung von Treue und Glauben zu helfen. Das Reichsamt des Innern wird sein Möglichstes tun. Ich bitte dann aber auch das hohe Haus, die Vorlage mit Wohlwollen entgegen zu nehmen und sich in seinen Wünschen ein wenig zu beschränken. (Bravo! rechts u. b. d. Natl.)

Hieber (NL.) freut sich über die Äußerungen des Grafen Posadowsky. Herr Trimborn hat offene Türen eingerannt. Der jetzige Reichstag ist nicht weniger sozialpolitisch als der vorige. Stillstand in der Sozialpolitik würde heißen, die Sozialdemokratie wieder zu stärken. (Sehr richtig! b. d. Nat.-Lib.) Die Koalitionsfreiheit muß gesichert und die Tarifvereinbarungen müssen ausgebaut werden. Ich würde mich freuen, wenn die Regierung den Entwurf über die Berufsvereine einer Umarbeitung unterziehen wollte. Daß die Arbeiterorganisationen Kampfesorganisationen sind, ist nun einmal unvermeidlich. Das Versammlungsrecht muß in freiheitlicher Weise ausgebaut werden. Bei uns im Süden kennt man glücklicherweise nicht den kleinlichen Polizeigeist Preußens. Für eine Vereinheitlichung im preußischen Geiste danken wir in Württemberg ergebenst. (Bravo! links.) Wir wünschen dringend Arbeitskammern; ich möchte sie aber nicht an die Gewerbegerichte angegliedert wissen. Wir wünschen Verschärfung der Gesetze gegen den unlauteren Wettbewerb. Ich habe mich gefreut, daß das ganze Haus die Ankündigung des zehnstündigen Normalarbeitstages für Frauen mit Beifall begrüßt hat. Wir werden die Sozialdemokratie überwinden, wenn wir den Arbeitern zeigen, daß unter dem Bürgertum sozialpolitisches Verständnis vorhanden ist. (Bravo! b. d. Nat.-Lib.)

Henning (K.): Ich bedauere die Angriffe des Vorredners auf Preußen. Preußen ist der eherne Fels, an dem die Wogen der Revolution zerschellen werden. (Bravo! rechts, lautes Lachen bei den Soz.) Die Äußerung von den stillen Feinden der Sozialpolitik beziehen wir nicht auf uns. (Gelächter links.) Das Koalitionsrecht für Landarbeiter ist für uns unannehmbar. (Zuruf bei den Soz.: Das wußten wir!) Sonst sind wir mit der Sozialpolitik einverstanden. Sie muß aber etappenweise vorgehen. (Beifall rechts.)

Hué (SD.): Der Staatssekretär äußerte sich einmal dahin, daß verschiedene Parteien in diesem Hause ganz anders aussehen als im preußischen Landtag. Das trifft nicht nur auf die Konservativen, sondern auch auf die Nationalliberalen zu. Der Staatssekretär appellierte an die Privatinitiative. Da möchte ich den Herrn Abg. Henning ersuchen, dahin zu wirken, daß die skandalösen Zustände in den Senftenberger Bergwerken möglichst bald beseitigt werden. Herr Hieber meinte, jetzt handle es sich darum, zu zeigen, daß man auch ohne Sozialdemokratie Sozialpolitik machen könne. Haben denn aber nicht immer die bürgerlichen Parteien die große Mehrheit im Reichstage gehabt? Stets befand sich die Sozialdemokratie in verschwindender Minderheit. Wenn die bürgerlichen Parteien also ernsthaft Sozialpolitik machen wollten, so könnten sie es längst. Mir fällt aber bei der bürgerlichen Sozialpolitik immer ein gewisses Sprichwort ein, das da lautet: Beim Ochsen kommt die Milch alle 17 Jahre einmal. (Große Heiterkeit.) Wo bleiben die längst angekündigten Gesetze über die Krankenversicherung der Heimarbeiter und der Landarbeiter und über besseren Kinderschutz? Vielleicht gibt uns der Herr Staatssekretär auch hierüber Auskunft. — Es ist hier soviel von Handwerkerschutz die Rede. Wir haben niemals die schlechte Lage des Handwerks bestritten. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß mancher Handwerksmeister schlechter gestellt ist als mancher einigermaßen gut bezahlte Arbeiter. (Sehr richtig! rechts.) Wir stehen also den Handwerkerfragen durchaus objektiv gegenüber. Wir bestreiten aber, daß man mit dem Befähigungsnachweis irgendwie den Handwerkern helfen kann. Die Klagen über die Pfuscher sind sehr alt; sie stammen schon aus der Zunftzeit. In Oesterreich hat der Befähigungsnachweis kläglich Schiffbruch gelitten. — Nicht wir vernichten den Handwerkerstand, sondern das Großkapital. Wahrhafte Handwerksmeister gibt es nur noch in kleinen Städten und auf dem Lande. Was in Industriebezirken als Handwerker bezeichnet wird, sind zumeist Zwischenmeister. Es ist auch nicht wahr, daß die gesamte Handwerkerschaft hinter der Forderung des Befähigungsnachweises steht. Für die Arbeiterfeindlichkeit der Innungsmänner ist bezeichnend, daß ein den Handwerkern nahestehendes Blatt während des Düsseldorfer Schreinerstreikes sich für die Lehrlingszüchterei ausgesprochen hat, weil die dadurch großgezogenen Pfuscher die Organisation der Gesellen verhindern. (Hört, hört! b. d. Soz.) Durch die Verteuerung des Rohmaterials dank der famosen Zollpolitik haben die Mehrheitsparteien das Handwerk schwer geschädigt. (Sehr richtig! links.) Ein wirkliches Mittel, dem Handwerk zu helfen, wäre bessere Bezahlung der Unterbeamten, weil dadurch die Handwerker zahlungsfähigere Kunden erhalten würden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wollte man den Handwerkern unverzinsliche Fonds zur Anschaffung von Maschinen zur Verfügung stellen — vielleicht greifen die reichen Herren Nationalliberalen in die eigene Tasche (Htkt.) — so wäre das zwar auch kein durchgreifendes Mittel, würde aber allerdings den Niedergang des Handwerks etwas verlangsamen. Nun zur Arbeiterpolitik. Wir kennen das ewige Gezeter der Scharfmacherpresse über das Automobiltempo der Sozialpolitik. Bezeichnend für dies angebliche Automobiltempo ist die Tatsache, daß man jetzt, 1907, eine Vorlage über die zehnstündige Arbeitszeit der Frauen in Aussicht stellt, nachdem 1877 die amtlichen Enqueten über diesen Gegenstand begonnen haben. Der Minister, der noch am meisten Verständnis für Sozialpolitik hat, steht sich verleumderischen und niederträchtigen Angriffen ausgesetzt. Sollten die Angriffe Erfolg haben, so wäre das ein neuer Beweis für die Art, wie bei uns Sozialpolitik getrieben wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In den oberschlesischen Bergwerken ist noch immer die Frauenarbeit im Schwange. Möge doch Herr Trimborn seinen Einfluß auf die oberschlesischen Hüttenwerksbesitzer dahin ausüben, daß sie die Frauenarbeit abschaffen. (Zustimmung b. d. Soz.) Bereits 1904 hat sich die Mehrzahl der Gewerbeinspektoren für den zehnstündigen Maximalarbeitstag für Frauen ausgesprochen. Es hätte also schon lange eine Vorlage kommen können. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nun zu der Frage der Arbeitskammern. Industrie, Landwirtschaft und Handwerker haben ihre reinen Interessenkammern. Da sollte es doch die Gerechtigkeit erfordern, auch den Arbeitern reine Arbeiterkammern zuzubilligen. Ich weiß wohl, daß sich die Fraktion ursprünglich für Arbeitskammern ausgesprochen hat. Die Gewerkschaften aber haben Arbeiterkammern verlangt und da hat sich die Fraktion diesem Verlangen angeschlossen. Daraus können Sie nebenbei auch ersehen, was es mit der Rederei von der Unterdrückung der Gewerkschaften auf sich hat. Wenn man gegen Arbeiterkammern das Urteil des Prof. Harms anführt, nun so will das sehr wenig besagen, da dieser Herr in Einklang mit Alexander Tille und sonstigen Uebermenschen den Arbeitern die wirtschaftliche Gleichberechtigung abgesprochen hat. (Hört, hört! b. d. Soz.) In Italien haben die von den Gewerkschaften angeregten Arbeiterkammern äußerst segensreich gewirkt. Nun ein paar Worte über das Berufsvereinsgesetz. Die Rede des Herrn Giesberts im November v. J. bewies, daß in praktischen Fragen die verschiedenen Arbeiterorganisationen zueinander stehen. Damals sprach Posadowsky ein Wort, das ich lieber aus seinem Munde nicht gehört hätte; das Wort, es wäre die Aufgabe der Staatsregierung, die Unterschiede, die zwischen der Arbeiterschaft beständen, zu vertiefen. Das läuft praktisch auf die systematische Züchtung von Verräterorganisationen innerhalb der Arbeiterklasse hinaus. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Der Reichslügenverband hat ja jetzt gelbe Streikbrecherorganisationen geschaffen. Die Gründung der gelben Gewerkschaften ist eins der unmoralischsten Kampfmittel. (Sehr wahr! bei den Soz.) Viel Freude werden aber die Väter dieser Streikbrecherbande an ihr sicher nicht erleben. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Hier war viel von Tarifverträgen die Rede. Große, leistungsfähige Gewerkschaften bieten die beste Gewähr für Tarifverträge. Der Maurerverband hat im Jahre 1905 nicht weniger als 867 Tarifverträge abgeschlossen. (Hört, hört! b. den Soz.) Die wahrhaft glänzende Kulturleistung der freien Gewerkschaften sind die beste Widerlegung des ewig wiederkehrenden Vorwurfs von der Unfruchtbarkeit der Sozialdemokratie. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Fragen Sie einmal den Staatssekretär, wieviel Anregungen die Staatsregierung von gewerkschaftlichen Kreisen empfängt. Auf der rechten Seite setzt man große Hoffnungen auf die christlich-nationalen Gewerkschaften. Nun, mit ihren 1 800 000 Mitgliedern marschieren die freien Gewerkschaften weitaus an der Spitze. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Zerbrechen Sie sich einmal Ihre Zähnchen an diesen 1 800 000. (Heiterkeit.) Wieder wurden die alten Reden vom Terrorismus der Sozialdemokratie gehalten und bedauerlicherweise sprach auch der Abg. Behrens in diesem Sinne. Ich möchte die Herren doch bitten, zunächst vor der eigenen Türe zu kehren. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die oberschlesischen Hüttenverwaltungen verbieten auch ihren Technikern, sich gewerkschaftlich zu organisieren. (Hört! hört! b. d. Soz.) Denken Sie ferner an das Vorgehen der Hamburger Reeder gegen den Verein der Schiffskapitäne. Keine Gewerkschaftsinstanz, weder in den freien Gewerkschaften noch in den Hirsch-Dunckerschen noch in den christlichen hat je die Anwendung des Terrorismus gebilligt. Alle verantwortlichen Gewerkschaftsleiter ohne Unterschied der politischen Stellung sehen in dem Terrorismus den schlimmsten Feind der Gewerkschaftsbewegung. Nicht die Zersplitterung, sondern die Zusammenfassung und die Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung muß das Ziel aller Arbeiter sein. Den Unternehmern ist es ja auch gleich, ob die Arbeiter christlich oder unchristlich organisiert sind. Ich erinnere an den bekannten Brief des Herrn v. Liebert. (Sehr gut! b. d. Soz.) Daher sollte ein Abgeordneter, der aus Arbeiterkreisen kommt, wie Herr Behrens, solche unkollegialen Angriffe unterlassen. Herr Behrens selbst hat übrigens gegen einen konkurrierenden, noch dazu christlichen Bergarbeiterverband Bekämpfung bis zur Vernichtung in Aussicht gestellt. (Hört! hört! b. d. Soz.) Ich wiederhole

---

„Ja wohl, Herr Baron. — Ist der Tee etwa nicht heiß genug?"

„O, vortrefflich — ich bin nur abgespannt heut Abend und kann nicht viel genießen — ich werde mich ein wenig auf das Sofa legen."

Die Wirtschafterin hatte Takt genug, dies als ein Zeichen zu nehmen, daß sie sich entfernen könne, und sie verließ das Zimmer, in dem Georg allein mit seinen Gedanken, und vor Ungeduld sich bald verzehrend, zurückblieb. — Und die Gouvernante kam noch immer nicht — aber sie hatte das Kind zu besorgen, und eine volle Stunde mochte vergangen sein, ehe er ihren Schritt hörte. Gleich darauf trat sie ein und legte einige Briefe und Zeitungen auf den Tisch. Georg war aufgestanden und ging ihr entgegen.

„Mademoiselle," sagte er, die Hand nach ihr ausstreckend, „nehmen Sie vor allen Dingen meinen herzlichsten Dank für die zarte Weise, in der Sie in dieser Sache gehandelt haben, und nun, bitte, setzen Sie sich und erzählen mir mit kurzen Worten alles, was Sie wissen."

Während die Gouvernante der Einladung folgte, blieb Georg erwartungsvoll am Tische stehen.

„Ich habe nur meine Schuldigkeit getan," sagte das junge Mädchen, leicht dabei errötend, „werde Ihnen selber, Herr Baron, aber wenig Auskunft geben können — ich durfte nicht nachforschen, denn ohne etwas damit gut machen zu können, hätte ich die Aufmerksamkeit der Leute nur unnötigerweise und vor der Zeit darauf gelenkt."

„Sie hatten Recht — vollkommen Recht."

„Der erste Verdacht stieg in mir auf, als ich eine bedeutende Lücke in der Kinderwäsche bemerkte, nachdem die gnädige Frau mit Josephinen eine angebliche Spazierfahrt unternommen hatte. Auch eine Anzahl ihrer Kleider fehlte — dann fand ich den Brief in Ihrer Stube — denn Angst und Ungewißheit ließen mich danach suchen, und ich nahm ihn an mich."

„Ich bin Ihnen dankbar dafür — aber wer glauben Sie, der mir weitere Auskunft geben könnte — oder haben Sie selber einen Verdacht? Es war ein Fremder hier. — Wie sah er aus?"

„Ich habe ihn gar nicht gesehen; aber gleich nach Ihrer Abreise kam er, und obgleich er nur zweimal hier oben im Gute war, fürchte ich fast, daß er der Sache nicht fern steht. Unser Hausmädchen hat ihn wenigstens zu der Zeit, als Madame fortfuhr, zu Fuß, mit seinem Pelz auf dem Arm, in den Wald gehen sehen."

„Und welchen Weg nahm er?"

„Darüber kann ich Ihnen keine Auskunft geben. Der alte Forstwart aber hat die letzte Botschaft der gnädigen Frau — daß sie am vorigen Abend nicht nach Hause kommen würde, hereingeschickt. Möglich, daß er sie im Walde getroffen hat und etwas Näheres weiß."

„Der Forstwart — Gott sei Dank, da ist ein Faden, an den ich anknüpfen kann. Georgine fuhr im Schlitten?"

„Ja, mit ihrem eigenen Pferde bespannt."

„Es ist gut — ich danke Ihnen; gehen Sie jetzt wieder zu Ihrer kleinen Schutzbefohlenen und seien Sie ihr Mutter — stehen Sie überhaupt meinem ganzen Hause vor, bis — ich selber wieder zurückkomme."

„Sie wollen doch nicht heut Abend noch . . ."

„Nein," unterbrach sie Georg ruhig; „erstlich wäre es nicht möglich, im Dunkeln einer Spur zu folgen, und dann würde das auch Aufsehen erregen. Morgen früh reite ich fort — meine Frau in Kleinmarkstetten abzuholen — das genügt den Leuten. Sobald ich kann, schreibe ich Ihnen meine Adresse — wenn ich nicht selber indessen wiederkomme. Lange bleibe ich auf keinen Fall aus, es müßten mich denn ganz unvorhergesehene Hindernisse zurückhalten. Schlafen Sie wohl, Mademoiselle, und seien Sie versichert, daß ich Ihnen nie vergessen werde, wie wacker Sie mir in dieser schweren Zeit beigestanden haben."

„Schlafen Sie wohl," sagte das junge Mädchen schüchtern, und im nächsten Augenblick schloß sich die Tür wieder hinter ihr, während Georg noch wohl eine Stunde im Zimmer auf und abschritt, ehe er sein eigenes Lager suchte.

Am nächsten Morgen war Georg wieder mit Tagesgrauen auf und ging selber in den Stall hinunter, um zu sehen, daß sein Reitpferd ordentlich gefüttert und dann ihm vorgeführt würde. Das geordnet, schickte er einen Boten in das Forsthaus, dem alten Forstwart zu sagen, er möge auf ihn warten, bis er hinauskäme, und ging wieder in seine eigene Stube hinauf. Dort sah er flüchtig die eingegangenen Briefe durch, wozu er sich gestern Abend keine Zeit genommen, trank den ihm gebrachten Kaffee und blätterte noch, bis das Pferd ausgefressen hatte, in den neben ihm liegenden Zeitungen. Er las wohl, aber er wußte nicht, was er las, seine Gedanken waren fern von da, und den Kopf in die Hand gestützt, ließ er das Blatt wieder sinken und starrte finster vor sich nieder. Endlich sprang er ungeduldig auf und sah nach der Uhr — es war noch zu früh — eine halbe Stunde mußte er dem Pferde noch Zeit gönnen, denn es hatte vielleicht einen langen Ritt vor sich. Er ordnete indessen seine Briefschaften, versah sich mit Geld und warf sich dann noch einen Augenblick aufs Sofa. Die vor ihm liegende Zeitung hatte er dabei bewußtlos mit der Hand zusammengeballt, und leise murmelte er: „Josephine — meine arme Josephine" — da fiel sein Blick plötzlich auf den Namen, der, größer gedruckt als die übrige Schrift, schon mit dem Zusatz „Zirkus" sein Auge fesselte und alle weiteren Gedanken in sich verzehrte. Die Worte lauteten:

Zirkus Royazet.

Noch nie hat der Zirkus in Altona in solchem Flor gestanden, wie in der gegenwärtigen Saison. Es haben einzelne Direktionen vortreffliche Gesellschaften gehabt, mit ausgezeichneten Mitgliedern, deren einzelne zu den besten zählten; aber noch nie, wir wiederholen es, war ein Direktor imstande, solche Kräfte an einem einzigen Abende zu vereinigen, wie der jetzige. Royazet hat den Zirkus zu einer Art Pantheon der Reitkunst erhoben, in welchem er selbst auf der obersten Stufe thront, rings umgeben von den glänzendsten Koryphäen seiner Kunst. Ein Abend im Zirkus heißt jetzt so viel, als ein Abend des Vollgenusses, ja, fast des Übermaßes. Künstler, welche sonst die Zierden der Reitbahn ausmachen, rangieren hier in zweiter Reihe und gewähren dem Zuschauer die merkwürdige Gelegenheit, den Unterschied zwischen Meisterschaft und Vollkommenheit wahrzunehmen. Ein Kranz, reizender, kunstgewandter Damen reiht sich an die männlichen Größen an, und der unübertreffliche Clown Mühler, die Perle des früheren berühmten und jetzt aufgelösten Zirkus Bertrand, ist, um das Maß vollzumachen, dieser Walhalla ausgezeichneter Künstler gewonnen worden — ja, andre Kräfte sind ihm noch versprochen, die, wenn möglich, diesen Kranz von Genüssen noch gipfeln und erhöhen sollen. Royazet selber bildet aber stets den Glanzpunkt des Abends, und gleichviel, welche Künste der Equilibristik neben und um ihn sich entfalten — er ist und bleibt stets der oberste Meister, und wir glauben das Publikum um so mehr auf diesen, sich ihm jetzt noch bietenden Genuß aufmerksam machen zu müssen, da der Zirkus nur noch wenige Tage in unserer Stadt verweilen wird, um einem ehrenvollen Rufe nach Petersburg zu folgen. Ganz enorme Garantieen sollen dem Künstler dort geleistet sein!

(Fortsetzung folgt.)

nochmals, das Ziel der Arbeiterschaft muß auf die Vereinheitlichung ihrer Bewegung gerichtet werden. — Die bürgerlichen Parteien haben bei den Wahlen den Arbeitern viele Versprechungen gemacht. Wir würden uns freuen, wenn auch nur der zehnte Teil verwirklicht würde. Die Scharfmacher reden hier im Hause ganz anders als sie im Landtag handeln. Wenn aber hier eine bürgerliche Partei mit ernsthaften sozialpolitischen Vorschlägen kommt, so wird sie uns an ihrer Seite finden. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Bruhn (A.) verlangt den Befähigungsnachweis für das Handwerk. Das Koalitionsrecht für die Landarbeiter bedeutet ihre Auslieferung an die Sozialdemokratie. Dringend nötig ist ein Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen. (Beifall rechts!)

Hierauf vertagt sich das Haus auf Montag 2 Uhr.

Vizepräsident Dr. Paasche schlägt vor, die Interpellationen Hompesch (Z.) u. Bassermann (NL.) über die Strafprozeßreform als ersten Punkt auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Die Abgg. Korfanty (Pole) und Dr. Wiemer (FVp.) verlangen, daß die Beratung der Interpellation Trimborn (Z.) als erster Punkt auf die nächste Tagesordnung gesetzt werde, da ihre Fraktionen nicht zu Wort gekommen seien.

Vizepräsident Dr. Paasche erklärt, daß es Sitte sei, Interpellationen möglichst an einem Tage zu erledigen.

Singer (SD.): Diesen Brauch hat erst der Präsident des letzten Reichstages eingeführt und ist dabei auf Widerstand gestoßen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich bitte dringend, die Entscheidung des Hauses hierüber herbeizuführen.

Der Antrag Korfanty wird gegen die Stimmen einiger Konservativer angenommen. (Gr. Heiterk. b. d. Soz., Polen u. im Zentr.)

Schluß 8½ Uhr.

Soziales und Parteileben.

Weiteres vom Unternehmerterrorismus. Nach dem letzten Streik in den Berliner Siemenswerken suchte sich einer der Ausständigen neue Arbeit bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und wurde auch im Kabelwerk „Oberspree" angestellt. Um aber sicher zu gehen, ob sie nicht etwa einen am Streik Beteiligten oder gar einen „Hetzer" und „Wühler" in den Betrieb bekäme, fragte die Leitung des Kabelwerks vertraulich bei der Direktion der Siemens-Schuckertwerke an, wann und aus welchen Ursachen jener Arbeiter seine Beschäftigung dort aufgegeben habe. Die Antwort lautete:

Berlin-Nonnendamm, den 25. Februar 1907.

Vertraulich.

Auf Ihre Anfrage vom 23. d. M. erwidern wir ergebenst, daß der Arbeiter (folgt Name) in der von Ihnen angegebenen Zeit bei uns beschäftigt war und die ihm übertragenen Arbeiten zufriedenstellend erledigt hat. Er war Ausschußmitglied und hat am 30./10. mit anderen Arbeitern zusammen den Betrieb verlassen.

Hochachtungsvoll
Siemens-Schuckertwerke
(Unterschrift.)

Natürlich war der betreffende Arbeiter damit gezeichnet, denn der Entlassungstermin fiel in die Zeit des Streiks bei der Firma Siemens-Schuckert. So also tauschen die Unternehmer gegenseitig Urlasbriefe über Arbeiter aus, von denen sie selbst zugeben müssen, daß es tüchtige Leute sind, die ihre Arbeiten zufriedenstellend erledigt haben. Und dieses Unternehmertum entblödet sich nicht, in allen Tonarten über den „Terrorismus" der Arbeiter zu zetern.

Die Zwickauer Grubenbarone haben kürzlich auf verschiedenen Steinkohlenwerken die ungesetzliche Verlängerung der Zehnstundenschicht auf elf und zwölf Stunden durchgesetzt. Die Arbeiter haben sich in ihrer Gutmütigkeit diese Verlängerung eine Zeitlang gefallen lassen. Nun aber, da sie die Zehnstundenschicht wieder verlangen, werden ihre Wortführer von den Grubenmagnaten kurzerhand gemaßregelt. Am Mittwoch erklärte der Direktor eines Werkes den vier Beauftragten der Belegschaft: „Nachdem sie die Erklärung in der Presse abgegeben hätten, daß sie auf ihrem Standpunkt der Zehnstundenschicht beharrten, müsse er sie entlassen!" Schon zuvor waren sieben Mann auf dieselbe Weise hinausgeworfen worden. Ueber diesen Terrorismus regt sich natürlich die wohlanständige und „unparteiische" bürgerliche Presse nicht auf.

Unternehmermoral. Einen Einblick in das Verhältnis zwischen den Unternehmern und ihren weiblichen Angestellten gewährte eine Verhandlung vor dem Berliner Kaufmannsgericht. Die Kontoristin J. klagte gegen den Leiter einer Berliner Präzisionswerkzeugmaschinenfabrik auf Zahlung von 150 Mk. Sie war am 15. November v. J. bei der Firma eingetreten, aber schon am 4. Dezember plötzlich entlassen worden. Als Entlassungsgrund machte die Firma geltend, der sittliche Lebenswandel der Kontoristin sei nicht einwandfrei. Wegen Erörterung „heikler Dinge" beantragte der Vertreter der Firma den Ausschluß der Öffentlichkeit. In energischer Weise wehrte sich dagegen die Klägerin, sie habe die Öffentlichkeit nicht zu scheuen, und so wurde der Antrag abgelehnt. Die nachfolgende Verhandlung erklärte allerdings hinlänglich den Wunsch der Firma nach Ausschluß der Öffentlichkeit. Ein von der Beklagten benannter Zeuge, ein früherer Angestellter der Firma, sagte nämlich aus: Er sei von seinem ehemaligen Prinzipal beauftragt worden, über Fräulein J., die sich bei ihm um eine Stellung bewarb, Erkundigungen einzuziehen, es wäre ihm aber nicht möglich gewesen, Auskunft zu erlangen. Er und sein Chef hätten darum beschlossen, die Moral der J. zu prüfen. Sie besuchten mit ihr mehrere Restaurants und Cafes, und schließlich begleitete der Zeuge die Klägerin nach Hause. Auf dem Wege durch den Friedrichshain habe sich Frl. J. auch seine Zärtlichkeiten gefallen lassen. Fräul. J. beteuerte weinend ihre Unschuld, der Chef habe ihr gleich am ersten Tage gesagt: „Fräulein, ich werde Sie heiraten, ich lebe mit meiner Frau in Scheidung." Nach der Feststellung dieser Tatsachen verurteilte das Kaufmannsgericht die Firma zur Zahlung der 150 Mk. In dem Urteil hieß es, der Klägerin sei offensichtlich eine Falle gestellt worden — ob mit oder ohne Erfolg, bleibe dahingestellt — und allem Anschein nach ist auch der Chef daran schuld, daß sie in diese Falle gegangen ist. Vom Vorsitzenden wurde die Handlungsweise des Beklagten als unfair bezeichnet. — Unternehmermoral!

Sämtliche Steinschleifer der Firma G. A. Bruchner in Wunsiedel legten am Donnerstag mittag die Arbeit nieder. Es kommen 79 Mitglieder der freien Gewerkschaften und 5 christlich organisierte in Betracht. Letztere erklärten sich solidarisch. Die Arbeiter sind dadurch einer geplanten Aussperrung zuvorgekommen. Gerade Bruchner ist es gewesen, der sich bei den kürzlich in Oberkotzau stattgefundenen Tarifverhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern als der größte Scharfmacher aufspielte. Wenn alle Unternehmer sich zum Nachgeben herbeiließen, oder dazu bereit erklärten, so scheiterte dies immer an der Hartnäckigkeit des Bruchner. Die Arbeiter sollten mit den Verhandlungen hingehalten werden, damit die Unternehmer erst ihre Arbeiten fertig bekommen hätten und dann wäre die Aussperrung erfolgt. Die Arbeiter merkten das aber und haben den Unternehmern einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht. — Zuzug nach Wunsiedel von Steinschleifern und Steinhauern ist streng fernzuhalten.

Die „Majestätsbeleidigungs"-Aktion gegen den „Schnupftabak", schreibt die „Volksstimme" zu Mannheim, zeitigt immer hübschere Blüten. Am Montag früh war als Angeklagter (!) in der Sache vor den Untersuchungsrichter ein Mannheimer Bürger geladen, der mit der Mannheimer Aktiendruckerei, in deren Verlag der „Schnupftabak" erscheint, nicht das mindeste zu tun hat, ja von dessen Existenz dort kein Mensch bisher auch nur eine Ahnung hatte, geschweige denn, daß ihn jemand näher kennen würde oder irgend einmal mit ihm in geschäftlichen Beziehungen gestanden hätte. Wie die Anklagebehörde dazu kam, an die Adresse dieses Mannes unter dem Rubrum „In der Strafsache gegen Sie und Genossen" eine Ladung zum Verhör ergehen zu lassen, ist uns völlig unverständlich, wie so manches an dieser neuesten Staatsaktion des Herrn Staatsanwalts Junghanns.

Wie sich Agrarier ihrer Unterstützungspflicht entziehen. Einen Beweis, wie Agrarier die Unterstützungspflicht umgehen, welch trauriges Los arme Handwerksburschen haben und welch besonders tiefe Gemütsroheit Agrarier auszeichnet, gaben im Dezember 1905 der Bürgermeister Gunstenberger von Teutleben und sechs weitere Einwohner dieses thüringischen in der Nähe von Buttstedt gelegenen Dörfchens. Ein Handwerksbursche W. aus Apolda, ein Mensch, der durch Krankheit völlig heruntergekommen war, hatte sechs Wochen im Krankenhause in Buttstedt gelegen und war dann entlassen worden. Gesund war er nicht und Mittel hatte er auch nicht. Er kam gerade bis Teutleben und wurde hier im Straßengraben liegend und vor Kälte zitternd — es war November — aufgefunden. Den Dorfleuten blieb nichts anderes übrig, als ihn ins Armenhaus zu bringen und dort zu verpflegen. W. konnte weder sprechen, noch stehen oder gehen; er machte den Eindruck eines Geisteskranken. Am 1. Dezember berieten nun die Dorfgewaltigen, was mit dem lästigen Fremden zu machen sei. Der Bürgermeister sagte, das beste sei, wenn der Mann ebenso, wie er hier gefunden sei, anderswo gefunden werde. Buttstedt sei ihn ja auch losgeworden. Man könne ihn vielleicht hinausräuchern. (Ein anderer meinte, das sei doch vielleicht gefährlich, namentlich für die Nachbarschaft. Man einigte sich schließlich dahin, den Kranken in ein anderes Dorf zu schaffen und dort heimlich auf die Straße zu setzen. Zur Nachtzeit wurde nun ein Wagen beschafft, auf dem der Transport erfolgen sollte. Der Bürgermeister, der in der Dorfkneipe saß, wollte den Schlüssel zum Armenhause nicht herausgeben und meinte, der Kollege Ehrhardt kenne ja die Tür. Die Leute verstanden den Wink, „mausten" einfach den Handwerksburschen und fuhren ihn eine halbe Stunde weit nach dem Dorfe H. In einer vor dem Dorfe stehenden Feldscheune legten die Verschworenen den hilflosen Menschen nieder. Sie bedeckten ihn etwas mit Stroh und fuhren dann, verschmitzt lächelnd über den gelungenen, gemeinen Streich, wieder nach Teutleben. Sie klopften an das Fenster der Kneipe, in welcher der Bürgermeister als einziger Gast noch anwesend war, und sagten der Wirtin, sie solle dem Bürgermeister mit den Augen zublinzeln, dann wisse er schon Bescheid. Das geschah denn auch und der Bürgermeister meinte, da hätten sie nun wohl nachts den Handwerksburschen aus dem Armenhause gemauft. Einige Tage später wurde W. tot in der Feldscheune aufgefunden. Daß die Menschenfreunde von Teutleben nicht wegen Aussetzung mit Todeserfolg vor das Schwurgericht kamen, war nur dem Umstande zu danken, daß die Tochter einer Schnapsbudikeninhaberin in H. in dem Toten einen Mann wiedererkannt haben will, der ein oder zwei Tage nach der Aussetzung bei ihr durch Zeichen Schnaps verlangt haben soll. Das Landgericht Weimar hat nun am 10. September v. J. die Einwohner Ehrhardt, Asthelm, Tränkler, Ludwig und Mäder, sowie den Bürgermeister Gunstenberger — letzteren wegen Beihilfe — auf Grund des § 221,1 Str.-G.-B. (Aussetzung einer hilflosen Person) zu je 5 Monaten Gefängnis verurteilt. — Die Revision der Angeklagten kam am Montag vor dem Reichsgerichte zur Verhandlung. Das Urteil sollte widerspruchsvoll und ungenügend begründet sein. Wenn der Handwerksbursche von der Feldscheune aus noch nach dem Schnapsladen habe gehen können, so könne er doch nicht hilflos gewesen sein usw. — Das Reichsgericht verwarf die Revision, da alle Tatbestandsmerkmale einwandfrei festgestellt seien.

Ein internationaler Bäckerkongreß findet am 25. und 26. August 1907 in Stuttgart statt. Auf die vom Vorstand des Verbandes der Bäcker Deutschlands erfolgte Einladung hin haben bisher folgende neun Bruderverbände ihr Einverständnis mit der Einberufung des Kongresses und die Entsendung einer Delegation ihres Verbandes zu den Verhandlungen zugesagt: Böhmen, Deutschland, England (Internationaler Verband der Bäcker und Konditoren), Italien, Norwegen, Schweden, Österreich, Rußland und die Schweiz (Verband der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebensmittelindustrie). Die vorläufige Tagesordnung des Kongresses lautet: 1. Die Bäckereischutzgesetze bezw. a) Einrichtung und Betrieb der Bäckereien, b) die Dauer der täglichen Arbeitszeit, c) Einführung eines wöchentlichen Ruhetages, d) Verbot der Nachtarbeit. 2. Der Kampf gegen die Nachtarbeit. 3. Die Gegenseitigkeitsverträge der Verbände betr. Übertrittes der Mitglieder, und Reise-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. 4. Gegenseitige Unterstützung bei Streiks in Fernhaltung des Zuzuges und in finanzieller Beziehung. 5. Ist es zweckmäßig und notwendig, ein internationales Sekretariat zu errichten? Es steht zu erwarten, daß sich noch eine Reihe weiterer Bäckerverbände des Auslandes zur Beschickung des internationalen Kongresses entschließt.

Die Stimmzettelfälschungs-Lüge. Unser Parteiorgan zu Nordhausen, die „Nordhäuser Volkszeitung" schreibt:

Wer war der Urheber der Verleumdung?

Das Extrablatt, das am Tage vor der Stichwahl von dem Oberbürgermeister von Schrabisch in Bad Sachsa verbreitet wurde, begann mit folgendem Satz:

„Soeben erhalte ich durch Telephonruf aus Nordhausen die Nachricht, daß die sozialdemokratische Parteileitung für die Wahl unseres nationalen Kandidaten Syndikus Dr. Wiemer-Berlin gefälschte Stimmzettel in der Stadt verteilen läßt."

Sofort erklärten wir diese Nachricht als elende Verleumdung und forderten Herrn von Schrabisch auf, seinen Gewährsmann, den Urheber der Verleumdung zu nennen; er tat es nicht. Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus!

Jetzt kommt Licht in das Dunkel der Angelegenheit!

Wie wir aus bester Quelle erfahren, hat Herr Wilhelm Nebelung, Chefredakteur der „Nordhäuser Zeitung" und freisinniger Stadtverordneter in Nordhausen, die von Herrn von Schrabisch verbreitete Nachricht telephonisch übermittelt. Er hat nach Hotel Rathaus telephoniert, der Oberkellner Bringmann hat die Nachricht entgegengenommen und sie im Auftrage Nebelungs dem Herrn von Schrabisch mitgeteilt. Die ganze Größe der gemeinen Verleumdung tritt erst recht zutage, wenn man sich vergegenwärtigt, daß am 6. Februar Herr Nebelung in seiner Zeitung schrieb:

„Der Trick der Stimmzettelverwirrung durch Ausgabe unrichtiger Stimmzettel für Dr. Wiemer, vor dem wir in gestriger Nummer warnten, ist, wie wir mit Genugtuung konstatieren, in unserem Wahlkreise nicht angewendet worden."

Was soll man zu solchem schamlosen Treiben sagen? Wir überlassen es unseren Lesern, den passenden Ausdruck zu finden. In der Öffentlichkeit dürfte der Herr seine Rolle ausgespielt haben — oder sollte die ganze freisinnige Partei schon so korrupt sein, um noch solchen Mann als Führer anzuerkennen? Um Antwort wird gebeten, jetzt gibts kein Verstecken mehr!"

Auf ähnliche Weise wird die schmutzige Verleumdung wider die Sozialdemokratie, sie habe gefälschte Stimmzettel verbreitet, auch in anderen Wahlkreisen ausgeheckt worden sein, Herr Nebelung hat eine ganze Anzahl ehrenwerter Kollegen!

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Knabe wegen Meineides angeklagt. Zu beachtenswerten Erörterungen gab in der Verhandlung, die am Donnerstag vor dem Reichsgericht sich abspielte, der Prozeß gegen den Schlosserlehrling Franz Dröske Anlaß, der am 8. Januar von der Strafkammer in Brandenburg wegen Meineides zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden ist. Der Schüler Fritz Freund wurde wegen verschiedener Straftaten steckbrieflich verfolgt. Er hielt sich in der Wohnung der Mutter des Angeklagten Dröske versteckt. Hier unternahm Freund gegen den Angeklagten Dröske einen Totschlagsversuch, indem er einen Revolver auf ihn abschoß. Freund wurde am 18. September v. Js. von der Strafkammer wegen versuchten Totschlags zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Dröske hatte in dieser Verhandlung unter dem Eide ausgesagt, der Totschlagsversuch habe auf dem Boden des Hauses, in dem er wohne, stattgefunden. Freund hatte nicht widersprochen und sich sofort mit dem Urteile einverstanden erklärt. Am nächsten Tage ging Dröske zur Gerichtsschreiberei und widerrief seine erste Aussage, wobei er hervorhob, daß er nur deshalb über den Ort der Tat die unrichtigen Angaben gemacht habe, um seiner Mutter keine Ungelegenheiten zu verursachen. (Diese konnte wegen Begünstigung angeklagt werden.) Nun schreibt § 157,2 Str.-G.-B. vor, daß die Strafe wegen Meineides bis auf ein Viertel ermäßigt werden kann, wenn der Aussagende die falsche Angabe zugunsten einer Person, rücksichtlich welcher er die Aussage ablehnen durfte, erstattet hat, ohne über sein Recht, die Aussage ablehnen zu dürfen, belehrt worden zu sein. Diese Bestimmung hielt die Strafkammer im vorliegenden Falle nicht für anwendbar, weil die Mutter des Angeklagten hier nicht als Angeklagte in Frage käme. — Auf die Revision des Angeklagten hob das Reichsgericht das Urteil wegen zu enger Auslegung des § 157,2 Str.-G.-B. auf und verwies die Sache an die Strafkammer zurück. Es sei durchaus nicht erforderlich, daß die Person, zu deren gunsten die falsche Aussage erfolge, angeklagt sei; es genüge für die Anwendung des § 157,2, daß die Mutter des Angeklagten durch die Angabe der Wahrheit benachteiligt wurde.

Eine Betrogene. Vor dem Halberstädter Schwurgericht stand eine Näherin aus Aschersleben, die beschuldigt war, ihr uneheliches Kind bei der Geburt oder gleich nach der Geburt vorsätzlich getötet zu haben. Die Angeklagte hat schon ein uneheliches Kind, einen dreijährigen Knaben, den sie schlecht und recht ernährt, da sie Alimente nicht bekommt. Der Vater des zweiten Kindes ist der verheiratete Kaufmann Otto Körber zu Aschersleben, der mit der Angeklagten in einem und demselben Geschäfte tätig ist. Die Angeklagte erklärte, sie habe niemanden bei der Entbindung haben wollen, da sie die Absicht gehabt habe, zu verbluten. Infolge furchtbarer Schmerzen bei der Entbindung, die eher als sie erwartet hatte, gekommen sei, sei sie ohnmächtig geworden. Als sie wieder zu sich kam, sei das Kind schon tot gewesen. Andern Tages ist sie dann ins Geschäft gegangen, von dem Chef aber wieder fortgeschickt worden, der sie nicht arbeiten lassen wollte, nachdem sie ihm das Vorgefallene erzählt hatte. Eine Hebamme hat dann der Armsten die Hilfe eines Arztes vermittelt. Dieser hat festgestellt, daß das Kind gelebt hat; es ist jedoch unverletzt gewesen. Die Erzählung der Angeklagten kann nach der Meinung des Arztes sehr wohl den Tatsachen entsprechen. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage, worauf die Angeklagte, die über ein halbes Jahr in Untersuchungshaft saß, kostenlos freigesprochen wurde.

Aus Nah und Fern.

Das Reichsgericht und die Presse. In Gotha hatte der Redakteur des dortigen freisinnigen Tageblattes, Walter, in seinem Blatte heftige Angriffe gegen den Gothaer „Klüngel" gerichtet und war daraufhin wegen angeblicher Beleidigung des Stadtrats von Gotha zu Gefängnis verurteilt worden. Er kämpfte dabei, wie das Urteil der Strafkammer anerkannte, nicht nur für seine politische Ueberzeugung, sondern auch um seine Existenz. (Walter ist inzwischen wegen seiner entschieden freisinnigen Anschauungen entlassen worden.) Er spielte in einem seiner Artikel auf die Beziehungen an, die in Gotha zwischen der Beamtenschaft der großen Bankinstitute und den maßgebenden politischen Persönlichkeiten bestehen. Diese Beziehungen, die dem politischen Leben in Gotha ein besonderes Gepräge geben, sollten sich unter anderem darin äußern, daß der Oberbürgermeister als Aufsichtsrat der Lebensbank und als Schlüsselbewahrer der Lebensbank, der Feuerbank und der Privatbank beträchtliche Nebeneinnahmen hat. Auch der Bürgermeister, mehrere Stadträte, eine Anzahl Stadtverordneter und eine Reihe anderer einflußreicher Persönlichkeiten beziehen Gelder aus den Bankinstituten, während andererseits die Bankdirektoren eine bedeutsame Rolle im kommunal-, landes- und reichspolitischen Leben der Stadt Gotha spielen. Daß diese Wechsel-Beziehungen eigenartige Zustände herbeizuführen geeignet seien, hatte Walter ausgeführt. Walter behauptete mit Bezug hierauf in einem gegen den freisinnigen Reichsverein gerichteten Artikel: „Eine Hand wäscht die andere, eine Hand füllt die andere." Hauptsächlich wegen dieser Aeußerung stellte Oberbürgermeister Liebetrau im Namen der städtischen Körperschaften, die sich getroffen fühlten, Strafantrag. Er erzielte die Verurteilung Walters zu einem Monat Gefängnis durch die Gothaer Strafkammer. Das Reichsgericht hob jedoch das Urteil auf, weil Walters sämtliche Beweisanträge von der Strafkammer abgelehnt waren, und weil ihm der Schutz

des § 193 versagt blieb. In dieser Beziehung sagt die Begründung des Reichsgerichts: „Hat der Angeklagte nach der Anschauung der Strafkammer, wenn er auch nicht von der Begründetheit der von ihm erhobenen Vorwürfe überzeugt war, doch mit der Möglichkeit, sie könnten begründet und erweislich sein, gerechnet, oder hat er sie leichtsinnigerweise erhoben, ohne daran zu denken, wie weit sie begründet sein könnten, so durfte ihm der Schutz des § 193 nicht lediglich um deswillen versagt werden, weil er nicht von ihrer Begründetheit überzeugt war. Es ist nicht richtig, daß Voraussetzung für die Anwendung des § 193 des Strafgesetzbuches die Überzeugung des Beleidigers von der Begründetheit und Erweislichkeit seiner Vorwürfe ist; der Schutz des § 193 kann vielmehr auch demjenigen zu gute kommen, der beleidigende Behauptungen aufstellt, deren Begründetheit und Erweislichkeit er nur für möglich hält, oder hinsichtlich deren Begründetheit oder Erweislichkeit er sich überhaupt keine weiteren Gedanken gemacht hat." Die Angelegenheit wird demnächst vor der Strafkammer in Gotha zur erneuten Verhandlung kommen, bei der die Rechtsanschauungen des Reichsgerichts über die erweiterte Anwendbarkeit des Schutzparagraphen 193 sich wohl Geltung verschaffen werden. Allerdings hoffen wir nicht, daß auch gegen sozialdemokratische Redakteure eine gerechtere Anwendung des § 193, wie sie in dem obigen Reichsgerichtserkenntnis zum Ausdruck kommt, Platz greift.

Eisenbahnunglück. In Wunstorf bei Hannover entgleiste Freitag abend 8½ Uhr ein Zug der Steinhuder Meerbahn an der Weiche bei dem Bahnhof Hagenburg. Die Maschine liegt quer über den Geleisen. Durch Verbrühen kamen der Lokomotivführer und der Heizer um, außerdem wurde ein Postschaffner leicht verwundet. Passagiere sind nicht verletzt worden. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten. — Auf dem Osterfelder Bahnhof bei Essen erfolgte Freitag nachmittag ein Zusammenstoß zwischen einem Güterzug und einem Personenzug, bei dem 20 Güterwagen völlig zertrümmert wurden. Personen sind dabei nicht verletzt worden.

Originelle Grabschrift. Ein reicher amerikanischer Farmer war gestorben. Einer seiner Freunde telegraphierte an den Beerdigungsunternehmer: „Dies ist der Text für die Inschrift: Ruhe in Frieden. Und: Wir werden uns im Himmel wiedersehen, wenn noch Platz frei ist." — Der Angestellte, der in der Abwesenheit seines Chefs die Depesche entgegennahm, war gerade nicht übermäßig intelligent und übertrug sie wörtlich folgendermaßen: „Ruhe in Frieden, und wir werden uns im Himmel wiedersehen, wenn noch Platz frei ist!"

Unter schwerem Verdacht. Im Nachtasyl der Heilsarmee in Solingen wurden drei Holländer verhaftet, die auf der Zeche „Rheinpreußen" einen Arbeiter ermordet und beraubt hatten. Sie machten sich dadurch verdächtig, daß einer eine blutgetränkte Unterjacke trug, die von dem Ermordeten herrühren dürfte.

Hinrichtung eines Mörderpaares. Die Ehegatten Salewicz in Tarnopol in Galizien, die aus Habgier die greisen Eltern des Salewicz vergiftet hatten, um rascher in den Besitz der Erbschaft zu gelangen, sind am Donnerstag durch den Strang hingerichtet worden.

Soldatenmißhandlung in über 1000 Fällen. Letzten Donnerstag begann vor dem Kriegsgericht der 25. Division die Verhandlung gegen Wachtmeister Leyerzapf aus Butzbach von der zweiten Batterie des 25. Artillerieregiments, der der Soldatenmißhandlung in über 1000 Fällen beschuldigt wird. Es sind 70 Zeugen geladen, die Verhandlung wird mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Die Geschichte eines Verbrechens. Aus Warschau läßt sich die Vossische Zeitung die nachstehende Uebersetzung einer russischen politischen Skizze übersenden: Es war einmal in einem gewissen Lande ein Gefängnis. Es hieß „Krosty" (Die Kreuze), weil es in Kreuzesform gebaut war und weil über der Eingangspforte ein Kreuz prangte. Da die Gefängnisse dazu da sind, daß Menschen hineingesteckt werden, so wurde im Jahre des Heils 1904 ein Mann namens Andreas Rumiantzew in dieses Gefängnis gesperrt. Nun saß er darin und wartete der Dinge, die da kommen sollten. Die Zeit verrann, und es brach das Jahr 1905 an, ohne daß er vor den Untersuchungsrichter gerufen oder vor Gericht gestellt wurde. Da ward er verdrießlich und richtete an den Staatsanwalt im Beschwerdewege die Frage: „Weshalb werde ich hier ohne Verhör zurückgehalten und wie lange soll das noch dauern?" Der Staatsanwalt befragte daraufhin den Untersuchungsrichter. Dieser zuckte die Achseln und schlug sich mit der flachen Hand vor die Stirn: „Was für ein Rumiantzew sitzt da? Wo sitzt er? Weshalb sitzt er? In welcher Sache sitzt er? Seit wann sitzt er? Ich weiß von nichts!" Und er begann nachzudenken: „Was zum Teufel! Bin ich Untersuchungsrichter oder bin ich's nicht? Welches Verbrechen hat dieser Rumiantzew begangen und weshalb sitzt er seit 1904 im Gefängnis, da ich doch nichts von ihm weiß und mich seiner nicht erinnern kann? Vielleicht habe ich es einmal gewußt, aber jetzt habe ich es vergessen." So dachte der Untersuchungsrichter in seinem Kabinet. Rumiantzew jedoch saß im Gefängnis. Der Untersuchungsrichter aber war ein gewissenhafter Mann, er kam zu dem Schlusse, daß dieser verdammte Verbrecher doch selbst wissen müsse, weshalb ihn die Behörde zu verhaften geruhte. Die Behörde kann doch nicht alles im Kopfe haben, sie steckt ja Tausende in die Gefängnisse. Und er fertigte einen Akt an mit Siegel und Unterschrift: „An den Herrn Aufseher der ersten Abteilung des St. Petersburger Gefängnisses für Einzelhaft. Bitte, verhören Sie den in der Zelle 56 sitzenden Andreas Rumiantzew und fragen Sie ihn, welchen Verbrechens er angeklagt ist, an welchem Monate und Tage des Jahres 1904 dieses Verbrechen begangen wurde und ob er sich nicht der Nummer seiner Akten erinnert. Das darüber aufgenommene Protokoll bitte mir einzusenden." Der Gefängnisaufseher ließ Rumiantzew aus der Zelle 56 in seine Kanzlei kommen und das Verhör begann. „Weshalb hat man dich eingesperrt?" Rumiantzew zuckte, ganz ebenso wie der Untersuchungsrichter, die Achseln und schlug sich mit der Hand vor die Stirn. „Wie kann ich das wissen? Ich glaube, für nichts und wieder nichts. Wer weiß denn, weshalb man die Leute einsperrt. Das müssen die dort besser wissen." „Und an welchem Monate und Tage des Jahres 1904 hast du das weder dir, noch dem Untersuchungsrichter, noch dem Staatsanwalt bekannte Verbrechen begangen?" „Ich habe gar kein Verbrechen begangen. Und eingesperrt haben sie mich 1904. Den Tag weiß ich nicht mehr, ich sitze schon so lange." „Und erinnerst du dich nicht der Nummer deiner Akten?" „Heilige Mutter Gottes! Sitze ich denn in der Kanzlei oder in der Zelle? Woher soll ich denn die Nummer wissen?" „Hm, hm, der Staatsanwalt weiß nichts davon und wir wissen auch nichts davon. Die einzige Hoffnung der Behörde war, daß du selbst etwas davon weißt. Da auch du nichts weißt, so ist es sehr schlimm. Der Untersuchungsrichter hat weder deine Akten noch deine Nummer. Folglich kann überhaupt keine Untersuchung eingeleitet werden. Man weiß nicht einmal, welches Verbrechen du begangen hast. Du wirst also so lange sitzen müssen, bis das Verbrechen entdeckt wird, bis du dich selbst daran erinnerst oder bis die Behörde oder etwa gute Menschen sich des Verbrechens erinnern. So lange keine Beweise gegen dich vorliegen, wirst du sitzen." Der Aufseher berichtete dem Untersuchungsrichter: „Der Verbrecher kennt seine Verbrechen nicht, wir kennen es ebenfalls nicht." Damit war die Sache abgetan. Es verfloß das Jahr 1905, es verfloß das Jahr 1906, es begann das Jahr 1907. Andreas Rumiantzew aber sitzt und sitzt und kann sich seines Verbrechens nicht erinnern, und dem Untersuchungsrichter seine Aktennummer nicht angeben. Und der Untersuchungsrichter kann sich ebenfalls nicht erinnern, auch nicht der Staatsanwalt, auch niemand unter den guten Menschen. Rumiantzew aber sitzt und wartet, bis sein Verbrechen entdeckt und die Untersuchung eingeleitet wird. Er sitzt und wartet schon das vierte Jahr! Wie lange Rumiantzew „aus Mangel an Beweisen" noch sitzen wird, weiß niemand. Da habt ihr die Geschichte. Lacht aber nicht darüber! Denn es ist keine Fabel, die da erzählt ist, sondern eine Tatsache!

Das eigene Kind den Wölfen geopfert. Der „Budapesti Hirlap" meldet aus Eperies: Kürzlich spielte sich auf der Landstraße zwischen Eperies und Kapi eine furchtbare Szene ab. Der Bauer Joseph Horbath aus Kapi fuhr mit seinem achtjährigen Sohne von Eperies nach Hause, als plötzlich ein Rudel von vier Wölfen auftauchte und den Wagen verfolgte. Der Bauer machte wohl alle Anstrengungen, die Pferde anzutreiben, um den Wölfen zu entkommen, aber alle Bemühungen waren vergeblich. Die Bestien kamen immer näher. Da kam dem Bauer ein furchtbarer Gedanke. Er wußte, daß, wenn die Tiere einen Fraß haben, sie die Verfolgung aufgeben. Um sein eigenes Leben zu retten, beschloß er, seinen Sohn zu opfern. Er stieß seinen Sohn vom Wagen hinab, als die Wölfe an den Wagen gekommen waren, und im selben Augenblick stürzten auch schon die Bestien auf das arme Kind und zerfleischten es. Horbath sah sich noch mehreremale um und war so Zeuge, wie die Wölfe an seinem eigenen Kinde den Hunger stillten. Endlich erreichte er das Dorf, wo er total erschöpft eintraf. Die Kunde von dem entsetzlichen Vorfall rief unter der Bevölkerung ungeheure Aufregung hervor.

Muttermörderin aus Mitleid. In New York ist Frau Leopold Wallau, eine den reichsten Kreisen angehörige Dame, verhaftet worden, weil sie angeblich den Tod ihrer Mutter, Frau Bing, herbeigeführt hat. Letztere litt seit Jahren an Krebs und in den fürchterlichen Schmerzen, welche sie erdulden mußte, soll sie ihre Umgebung wiederholt angefleht haben, ihr Gift zu reichen. Es liegen Verdachtsmomente vor, wonach ihre Tochter dem Wunsche der Mutter nachgekommen ist. Insbesondere warnte sie die Pflegerinnen ihrer Mutter wiederholt, Speisen anzurühren, die sie selbst ihr zu reichen pflegte.

Tragische Marderjagd. Eine tragisch verlaufene Marderjagd wird aus Neumarkt o. R. gemeldet. Der Förster des Schloßvorwerkes St. Veit hatte von dem Brauereibesitzer Weindl den Auftrag erhalten, einen in dem Wagenschuppen des letzteren hausenden Marder aufzustöbern. An dieser Jagd nahm u. a. auch der Hutmachermeister Weißenbach teil, dem sich sein zwölfjähriger Sohn Karl angeschlossen hatte. In der Meinung, der Marder springe aus dem Stroh, gab der Förster einen Schuß ab, er traf aber nicht das gesuchte Raubtier, sondern den in dem gleichen Augenblick aus dem Stroh hervorragenden Kopf des Knaben Weißenbach und erst durch einen zweiten Schuß wurde der Marder, der auch den ersten Schuß aufgeschreckt aus dem Schuppen fliehen wollte, zur Strecke gebracht. Als nun das Unglück entdeckt wurde, war der Knabe bereits tot; die volle Schrotladung war ihm in den Kopf gedrungen. Der unglückliche Schütze stellte sich sofort dem Gericht.

Detektiv in eigener Sache. Man schreibt dem „Hamb. Corr." aus Wien: Ein ganz gerissener Spitzbube ist der kürzlich wegen grober Schwindeleien verhaftete Josef Postel. Postel, der vornehm auftrat, wußte sich Eingang in das Haus eines höheren Beamten zu verschaffen, dessen Freund er bald wurde. Eines Tages kam er zu Besuch und zufällig war niemand zu Hause. Postel konnte die Gelegenheit nicht unbenützt vorübergehen lassen und stahl den ganzen Schmuck der Hausfrau, den er auch gleich versetzte. Am Tage darauf erzählte ihm der Freund von dem Diebstahl. Postel riet, nicht die Hilfe der Polizei in Anspruch zu nehmen, sondern sich an ein Privatdetektivbureau zu wenden. Dieser Rat wurde auch befolgt, da sich Postel erbot, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Vorerst verlangte er 10 Gulden, um angeblich die Gebühren zu zahlen, die er natürlich für sich verwendete. Nach einigen Tagen kam er freudestrahlend mit der Nachricht, das Detektivbureau habe den Dieb entdeckt, dieser sei bereit, die Pfandscheine herzugeben, wenn man von einer Anzeige absehe und der Name des Diebes ein Geheimnis bleiben dürfe. Der Beamte, froh, wieder in den Besitz des Schmuckes gelangen zu können, willigte ein. So brachte Postel seine eigenen Pfandscheine und erntete überdies noch Lob und Dank für seine Bemühungen . . . . . Eine andere Affäre führte zur Entlarvung des Schwindlers. Er hatte dem Freund ein auf 1850 Kronen lautendes Sparkassenbuch als Deckung für ein Darlehen gegeben und der Beamte erkundigte sich im Postsparkassenamt. Da wurde ihm erklärt, daß das Buch gefälscht war. Nun erstattete der betrogene, bestohlene und gefoppte Freund die Strafanzeige, worauf die Verhaftung Postels erfolgte.

Bürgertafel.

Zu lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt und Landamt angenommen:

Kunstgärtnergehilfe Bähnck. Malermeister Bever. Privatmann Bleßmann. Arbeiter Bohnhof. Schutzmann Bruse. Arbeiter Buck. Maler Dierks, Travemünde. Schmied Gäde, Niendorf i. Lüb. Zimmergeselle Genstorf. Arbeiter Grewsmühl. Sekretariatsassistent der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte Grittner. Schneider Groth. Hafenarbeiter Haase. Laternenwächter Häseler. Bureaugehilfe Hamann. Obergärtner Held. Arbeiter Klaas. Arbeiter Klasack. Hafenarbeiter Kleinfeldt. Bäckergeselle Klinggraff. Pastor Köster. Tischlergel. Kuhlmann. Gärtner Meier. Maler Meier, Travemünde. Arbeiter Möller. Straßenbahnwagenführer Möller. Kanzlist bei der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte Müller. Arbeiter Oldekop. Arbeiter Parps. Händler Pfitzner. Arbeiter Pochmann. Arbeiter Rebesky. Arbeiter Rötgert. Zimmerpolier Rötgert. Kaufmann Rohbran. Zimmergeselle Rosenberg. Arbeiter Saueracker. Arbeiter Schöning. Maurergeselle Schult. Arbeiter Spieckermann, Krempelsdorf. Kupferschmied Stautmeister. Böttchergeselle Strohkirch. Arbeiter Stüwe. Motorbootführer Thiel. Flußschiffer Timm. Klempnergeselle Tretow. Lohgerbergehilfe Voigt. Fährwächter Wendelborn, Travemünde. Maurergeselle Westphal. Zimmergeselle Wilken.

Dieselben haben am 27. Februar 1907 vor dem Senat den Bürgereid geleistet.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für **Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"**.

Jedes Heft ist reich illustriert!

Blut und Eisen

Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit von **Hugo Schulz.**

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen **„Kulturbilder"**. In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenschheit gespielt hat, welche Greuel er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwickelung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegsgeschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. **Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgreueln, Soldatentypen, Spottbilder** und **Waffengattungen** sollen die lehrreichen Darlegungen veranschaulichen und beleben.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 50,**
sowie deren Kolporteure und Austräger.